

ifo Dresden berichtet

Aktueller Kommentar

- *Joachim Ragnitz*
Zensus 2011: Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte der Bundesländer

Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*
Deutschlandprognose 2013/2014: Günstige Aussichten für die Wirtschaft
- *Michael Kloß, Robert Lehmann und Joachim Ragnitz*
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2013/2014: Aufschwung in Sicht
- *Robert Lehmann und Klaus Wohlrabe*
Sektorale Prognosen und deren Machbarkeit auf regionaler Ebene – Das Beispiel Sachsen
- *Wolfgang Nagl und Lars Vandrei*
Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung im demographischen Wandel – Die Babyboomer gehen in Rente

Im Blickpunkt

- *Alexandear Eck*
Der Zensus 2011 und der Gleichmäßigkeitsgrundsatz II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen

20. Jahrgang (2013)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: dresden@ifo.de

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung
eines Belegexemplares.

ifo Dresden berichtet 4/2013

Aktueller Kommentar

Zensus 2011: Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte der Bundesländer

3

Joachim Ragnitz

Aktuelle Forschungsergebnisse

Deutschlandprognose 2013/2014: Günstige Aussichten für die Wirtschaft

5

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus

Die deutsche Konjunktur wird sich nach einem schwachen Winterhalbjahr im Verlauf des Jahres 2013 beleben. Darauf deutet das ifo Geschäftsklima hin, das sich in den vergangenen Monaten auf einem überdurchschnittlichen Niveau stabilisiert hat. Sofern die Eurokrise nicht erneut massiv eskaliert, sind auch die Perspektiven für das kommende Jahr günstig. Im Jahresdurchschnitt 2013 dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt, bei einem Unsicherheitsintervall (2/3 Wahrscheinlichkeit) von 0,0 % bis 1,2 %, um 0,6 % zunehmen. Für 2014 ist ein Zuwachs um 1,9 % zu erwarten. Die Beschäftigungssituation dürfte sich aber nur noch moderat verbessern.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2013/2014: Aufschwung in Sicht

13

Michael Kloß, Robert Lehmann und Joachim Ragnitz

Die konjunkturelle Lage in Ostdeutschland und Sachsen wird sich in den kommenden anderthalb Jahren kontinuierlich verbessern. Das Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) wird im Jahr 2013 preisbereinigt um insgesamt 0,4 % und im Jahr 2014 um 1,6 % steigen. Für den Freistaat Sachsen wird das Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistung im laufenden und kommenden Jahr mit 0,5 % bzw. 1,8 % geringfügig stärker ausfallen als in den ostdeutschen Bundesländern insgesamt. Maßgeblicher Treiber für den einsetzenden Aufschwung ist die robuste Binnenkonjunktur.

Sektorale Prognosen und deren Machbarkeit auf regionaler Ebene – Das Beispiel Sachsen

22

Robert Lehmann und Klaus Wohlrabe

Prognosen für einzelne Wirtschaftsbereiche sind auf der regionalen Ebene bis dato noch nicht systematisch analysiert worden. Der vorliegende Artikel schließt diese Lücke in der Literatur. Im Fokus steht die Prognosegüte von einer Vielzahl von Indikatoren für sechs Sektoren auf der Ebene des Freistaates Sachsen. Die Verbesserung der Treffsicherheit gegenüber einem einfachen Benchmark-Modell variiert dabei zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Darüber hinaus sind es sektorspezifische Indikatoren, welche signifikant kleinere Prognosefehler generieren.

Der Beitrag zur Gesetzlichen Rentenversicherung im demographischen Wandel – Die Babyboomer gehen in Rente

30

Wolfgang Nagl und Lars Vandrei

Immer weniger Beitragszahler müssen zukünftig für immer mehr Rentner aufkommen. Gerade mit dem Eintritt der Babyboomer-Generation in die Rente steigt der Rentenquotient deutlich an. In einer Simulationsrechnung wird die voraussichtliche Entwicklung des Beitragssatzes zur Gesetzlichen Rentenversicherung bis ins Jahr 2040 aufgezeigt. Die Ergebnisse werden dabei mit den beiden Studien von

HOLTHAUSEN et al. (2012) und WERDING (2013) verglichen. Alle drei Modelle prognostizieren einen signifikanten Anstieg des Beitragssatzes auf einen Wert zwischen 23,7 % und 24,8 %. Mittelfristig lässt sich der Übergang der Babyboom-Generation durch eine verstärkte Erwerbsbeteiligung der Frauen und der älteren Kohorten etwas abfedern, langfristig bedarf es aber einer längeren Lebensarbeitszeit, um den Anstieg des Beitragssatzes zu begrenzen.

Im Blickpunkt

Der Zensus 2011 und der Gleichmäßigkeitsgrundsatz II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen

34*Alexander Eck*

Die Korrektur der Bevölkerungszahlen im Rahmen des Zensus 2011 betrifft neben dem bundesstaatlichen Finanzausgleich auch die kommunalen Ausgleichssysteme. In Sachsen haben nach der neuen Zählung insbesondere die Kreisfreien Städte weniger Einwohner als bisher angenommen. Durch die Mechanismen des Sächsischen Finanzausgleichs erhielten diese in der Vergangenheit deshalb zu hohe Zuweisungen vom Land. Der kreisangehörige Raum hätte im Jahr 2011 jedoch nur 12 Mill. € höhere Zuweisungen bekommen, wären die Einwohnerzahlen des Zensus 2011 bereits bekannt gewesen; das Ausmaß der Fehlallokation ist daher gering.

Daten und Prognosen

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

37

Sachsens Wirtschaft atmet auf – ifo Geschäftsklimaindex im Juli gestiegen

39

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2013

43

Aus der ifo Werkstatt

ifo Veranstaltungen

45

ifo Vorträge

45

ifo Veröffentlichungen

46

ifo intern

46

Zensus 2011: Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte der Bundesländer¹

Joachim Ragnitz*

Am 31. Mai 2013 wurden die Ergebnisse der Volkszählung 2011 vorgestellt. Danach liegt die Bevölkerungszahl in Deutschland insgesamt um 1,5 Mill. Personen (oder 1,8%) niedriger als es mittels Fortschreibung ermittelt wurde. Von der Korrektur nach unten sind dabei alle Bundesländer betroffen, besonders stark jedoch Berlin (-5,2%) und Hamburg (-4,6%).

Unmittelbare Auswirkungen hat die Revision der Einwohnerzahlen auf die Verteilung der gesamtstaatlichen Steuereinnahmen auf die Bundesländer, da der bundesstaatliche Finanzausgleich auf eine weitgehende Nivellierung der Finanzkraft je Einwohner abzielt. Wie Berechnungen für das Berichtsjahr 2011 zeigen, müssen drei Bundesländer – Berlin, Baden-Württemberg und Hamburg – eine teils erhebliche Verringerung der ihnen nach Finanzausgleich verbleibenden Einnahmen (Landes- und Gemeindeebene zusammengenommen) hinnehmen. Der Einnahmeverlust beläuft sich dabei in den beiden Stadtstaaten auf 3,2% bzw. 1,6% der heutigen Einnahmen, in Baden-Württemberg immerhin noch auf 0,5%. Deutliche absolute Einnahmезuwächse können hingegen Bayern

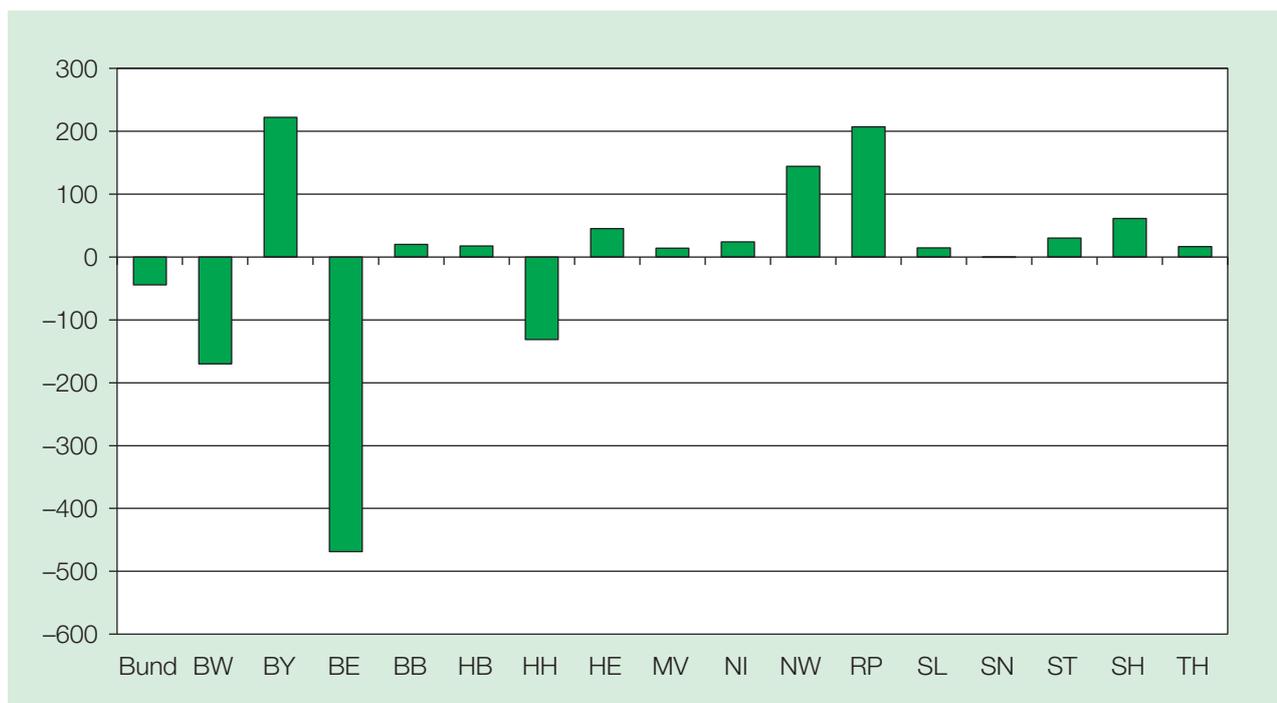
(+0,5%), Nordrhein-Westfalen (+0,2%) und Rheinland-Pfalz (+1,6%) verbuchen (vgl. Abb. 1 und Tab. 1).

Freilich muss berücksichtigt werden, dass das gesamte Steueraufkommen auf eine geringere Bevölkerungszahl verteilt wird. Damit ändert sich das Bild, denn je Kopf gerechnet können alle Länder Steigerungen ihrer Einnahmen erzielen. Diese fallen umso höher aus, je stärker die Korrektur der Einwohnerzahl ist – und dies begünstigt gerade die vermeintlichen Verlierer Berlin, Hamburg und Baden-Württemberg (vgl. Abb. 2). Die Betrachtung der absoluten Beträge allein vermittelt also ein falsches Bild über die tatsächlichen Auswirkungen der Zensus-Ergebnisse auf den Finanzausgleich und die Einnahmesituation der Länder.

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

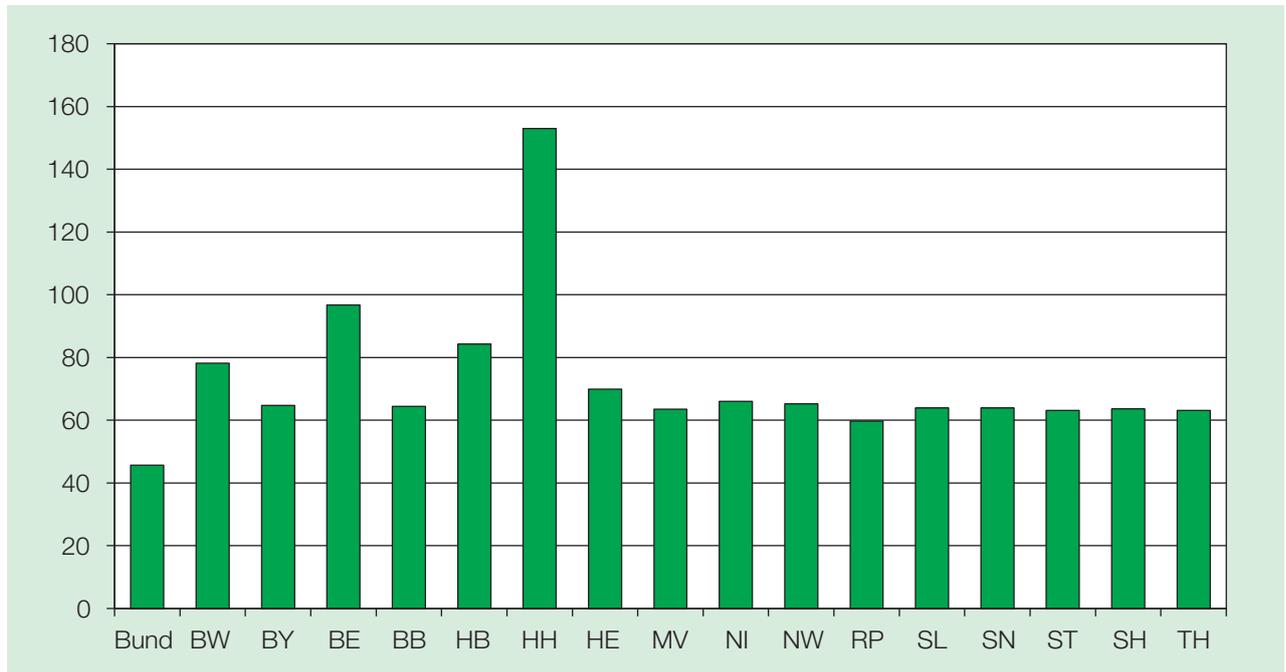
¹ Ein weiterführender Beitrag dazu befindet sich in der Rubrik „Blickpunkt“ in diesem Heft (vgl. Eck, A., „Der Zensus 2011 und der Gleichmäßigkeitsgrundsatz II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen“, S. 35–37).

Abbildung 1: Veränderung der Einnahmen nach Länderfinanzausgleich (inkl. Fehlbetragsergänzungszuweisungen vom Bund) aufgrund der Zensus-Ergebnisse (in Mill. €)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 2: Veränderung der Einnahmen je Einwohner nach Länderfinanzausgleich (inkl. Fehlbetragsergänzungszuweisungen vom Bund) aufgrund der Zensus-Ergebnisse (in €)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 1: Auswirkungen des Zensus auf die öffentlichen Einnahmen

	Bevölkerungs-korrektur		Veränderung der Steuereinnahmen (Land und Kommunen) nach Länderfinanzausgleich ^a (inkl. Fehlbetragsergänzungszuweisungen)	
	in %	in Mill. €	in %	in €/Einwohner
Baden-Württemberg	-2,5	-170	-0,4	78
Bayern	-1,2	222	0,5	65
Berlin	-5,2	-469	-3,2	97
Brandenburg	-1,7	20	0,2	64
Bremen	-1,4	18	0,6	84
Hamburg	-4,6	-131	-1,6	153
Hessen	-1,6	45	0,2	70
Mecklenburg-Vorpommern	-1,7	14	0,3	64
Niedersachsen	-1,7	24	0,1	66
Nordrhein-Westfalen	-1,7	144	0,2	65
Rheinland-Pfalz	-0,2	207	1,6	60
Saarland	-1,5	15	0,4	64
Sachsen	-2,0	-1	0,0	64
Sachsen-Anhalt	-1,7	30	0,4	63
Schleswig-Holstein	-1,2	61	0,6	64
Thüringen	-1,8	16	0,2	63
Bund	-1,8	-45	0,0	46

a) ohne Prämien nach § 7 Abs. 3 FAG.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesministerium der Finanzen, Berechnungen des ifo Instituts.

Deutschlandprognose 2013/2014: Günstige Aussichten für die Wirtschaft¹

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus*

Weltwirtschaftliches Umfeld

Seit dem vergangenen Herbst hat sich die Weltkonjunktur auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau stabilisiert. So verloren im Winterhalbjahr die Weltindustrieproduktion und der Welthandel kaum noch an Schwung, nachdem sich ihre Zuwachsraten in den zwei Jahren zuvor kontinuierlich verringert hatten. Maßgeblich für die Stabilisierung war vor allem die relativ robuste konjunkturelle Entwicklung in den USA, in Japan sowie in wichtigen aufstrebenden Volkswirtschaften, die die Vertiefung der Rezession im Euroraum ausglich. Im Sommerhalbjahr dürfte sich das globale Expansionstempo moderat beschleunigen. Darauf deuten der ifo World Economic Survey sowie zahlreiche weitere Früh- und Stimmungsindikatoren hin, die seit einigen Monaten wieder – wenn auch nur leicht – aufwärtsgerichtet sind.

Der vorliegenden Prognose liegt die Annahme zugrunde, dass die strukturellen Anpassungen im Euroraum wie angekündigt fortgesetzt werden. Dies ist auch die wichtigste Voraussetzung dafür, dass es zu keinen neuerlichen Unruhen an den Finanzmärkten und daher keiner erneuten Eskalation der Eurokrise kommt. Dann dürfte sich das Vertrauen von Investoren, Konsumenten und Produzenten langsam weiter festigen. Dieses Basiszenario ist jedoch mit erheblichen Risiken behaftet. Von besonderer Bedeutung ist dabei die ultralockere Geldpolitik. Zwar haben die Eingriffe der Notenbanken vor allem in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften zur konjunkturellen Stabilisierung oder zur Vermeidung eines tieferen Einbruchs beigetragen. Es ist aber zu befürchten, dass die Ankündigung der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK (EZB), notfalls unlimitiert an den Staatsanleihemärkten einzugreifen, zu Fehlanreizen bei den Regierungen der europäischen Krisenländer führt. Diese dürften nämlich, angesichts einer solchen „Rückendeckung“ durch die EZB, in die Versuchung geraten, die Reform- und Konsolidierungsanstrengungen zu reduzieren. Die jüngste Ankündigung der EU-Finanzminister, die vereinbarten Budgetziele für eine Reihe von Euroländern aufzuweichen, deutet bereits in diese Richtung.

Zahlreiche Frühindikatoren signalisieren eine moderate Belebung der Weltkonjunktur im Sommerhalbjahr. Soweit sich das Basiszenario realisiert, dürfte die Weltwirtschaft im weiteren Prognosezeitraum zusätzlich an Fahrt gewinnen. Gleichwohl ist mit keiner kräftigen Be-

schleunigung zu rechnen. Denn die Restrukturierung der von der Krise betroffenen Mitgliedsländer des Euroraums sowie der notwendige Abbau der Verschuldung werden die Expansion in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften dämpfen. Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt der Welt in diesem Jahr um 2,9 % und im nächsten Jahr um 3,7 % zunehmen. Der Welthandel wird im Jahr 2013 voraussichtlich um lediglich 2,6 % expandieren, ehe er im Jahr 2014 um 5,5 % zulegt.

Die Wirtschaftsleistung des Euroraums wird nach dem deutlichen Rückgang im Winterhalbjahr im zweiten Quartal wohl wieder erkennbar zulegen. Maßgeblich dafür dürften aber witterungsbedingte Nachholeffekte in der Bauwirtschaft sein, die die konjunkturelle Grundtendenz überzeichnen. Für den weiteren Verlauf dieses Jahres ist daher nur mit marginal positiven Zuwachsraten zu rechnen. Aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus zu Jahresbeginn dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt um 0,6 % abnehmen. Für das Jahr 2014 ist mit einem Zuwachs um 0,7 % zu rechnen.

Dabei dürfte die Heterogenität zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten im Prognosezeitraum hoch bleiben. So wird die aggregierte Produktion in den Krisenländern außer Irland wohl weiter schrumpfen. Denn die Anpassungsprozesse bei der öffentlichen und privaten Verschuldung sowie beim sektoralen Mix dieser Volkswirtschaften sind noch lange nicht abgeschlossen. Zwar dürften die Schrumpfungsraten im Verlauf des kommenden Jahres etwas abnehmen. Strukturell besser aufgestellte Volkswirtschaften wie Deutschland und Österreich werden aber wohl stärker von der sich bessernden Weltkonjunktur und den günstigen Refinanzierungsbedingungen profitieren.

Die schwache Konjunktur dürfte die Arbeitslosenquote, bei erheblichen regionalen Unterschieden, auf 12,4 % in diesem und 12,8 % im kommenden Jahr steigen lassen. Angesichts der hohen Unterbeschäftigung werden die Lohnzuwächse sehr moderat ausfallen, sodass sich die Inflation weiter abschwächt, und zwar auf 1,6 % in diesem Jahr und 1,5 % im kommenden Jahr.

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Ausblick Deutschland

Die deutsche Konjunktur hat in den Frühjahrsmonaten sehr deutlich Fahrt aufgenommen. Expansive Impulse kamen vor allem aus dem verarbeitenden Gewerbe, getrieben von der lebhaften Exportnachfrage. Zudem wurde im Baugewerbe Produktion nachgeholt, die wegen des ungewöhnlich langen Winters ausgefallen war. Zwar ist es im Gefolge der jüngsten Hochwasserkatastrophe in Süd- und Ostdeutschland zu neuen Produktionseinbußen gekommen. Diese waren aber regional begrenzt. Zudem dürfte in der Industrie, sofern lediglich die Lieferketten unterbrochen waren oder Arbeitnehmer nicht zu Produktionsstätten gelangen konnten, das flutbedingte Minus durch Sonderschichten bereits wieder hereingeholt worden sein. Schließlich waren kaum größere Unternehmen von der Flut direkt betroffen. Alles in allem dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im zweiten Quartal 2013 um 0,9% gestiegen sein.

In der zweiten Jahreshälfte dürfte die Konjunktur im Vergleich zur Entwicklung im zweiten Quartal, die durch Nachholeffekte überzeichnet war, wieder eine langsamere Gangart einschlagen. Gegenzurechnen sind allerdings Impulse, die sich aus der Beseitigung von flutbedingten Schäden am Anlagevermögen ergeben. Allerdings werden wohl durch den Reparaturaufwand in einem nicht unbeträchtlichen Volumen ansonsten anderweitig getätigte Ausgaben verdrängt. In der vorliegenden Prognose wird die Annahme getroffen, dass bis Ende 2014 per saldo eine zusätzliche Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern in Höhe von 6 Mrd. € angestoßen wird, wovon auf das laufende Jahr rund 3 Mrd. € entfallen.

Die Beseitigung der Flutfolgeschäden dürfte vor allem die Wertschöpfung am Bau anregen; sie wird in den Sommermonaten voraussichtlich um 2% zulegen. Dagegen wird es wohl im verarbeitenden Gewerbe im dritten Quartal zu einem leichten Rückpralleffekt kommen, sodass hier die Wertschöpfung lediglich stagniert. Im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr dürfte die Wertschöpfung angesichts guter Einkommensperspektiven um 0,6% expandieren. Auch bei den konsumnahen Dienstleistern bleibt die Perspektive freundlich. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des zweiten Halbjahrs 2013 gegenüber dem ersten Halbjahr saison- und kalenderbereinigt um 1,1% expandieren; gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 1,4% steigen. Für das Gesamtjahr 2013 beläuft sich die reale Zuwachsrate aufgrund des Unterhangs am Jahresanfang jedoch nur auf 0,6% (vgl. Abb. 1).

Die Prognoseunsicherheit lässt sich anhand von Intervallen angeben, die die unbekannte Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts mit vorgegebenen Wahr-

scheinlichkeiten einschließen. Die Spanne für ein Prognoseintervall, das die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 mit einer Wahrscheinlichkeit von etwa zwei Dritteln überdeckt, beträgt gegenwärtig $\pm 0,6$ Prozentpunkte. Bei der vorliegenden Punktprognose von 0,6% reicht das Intervall also von 0,0% bis 1,2%. Die Punktprognose von 0,6% stellt den mittleren Wert dar, der am ehesten erwartet werden kann.

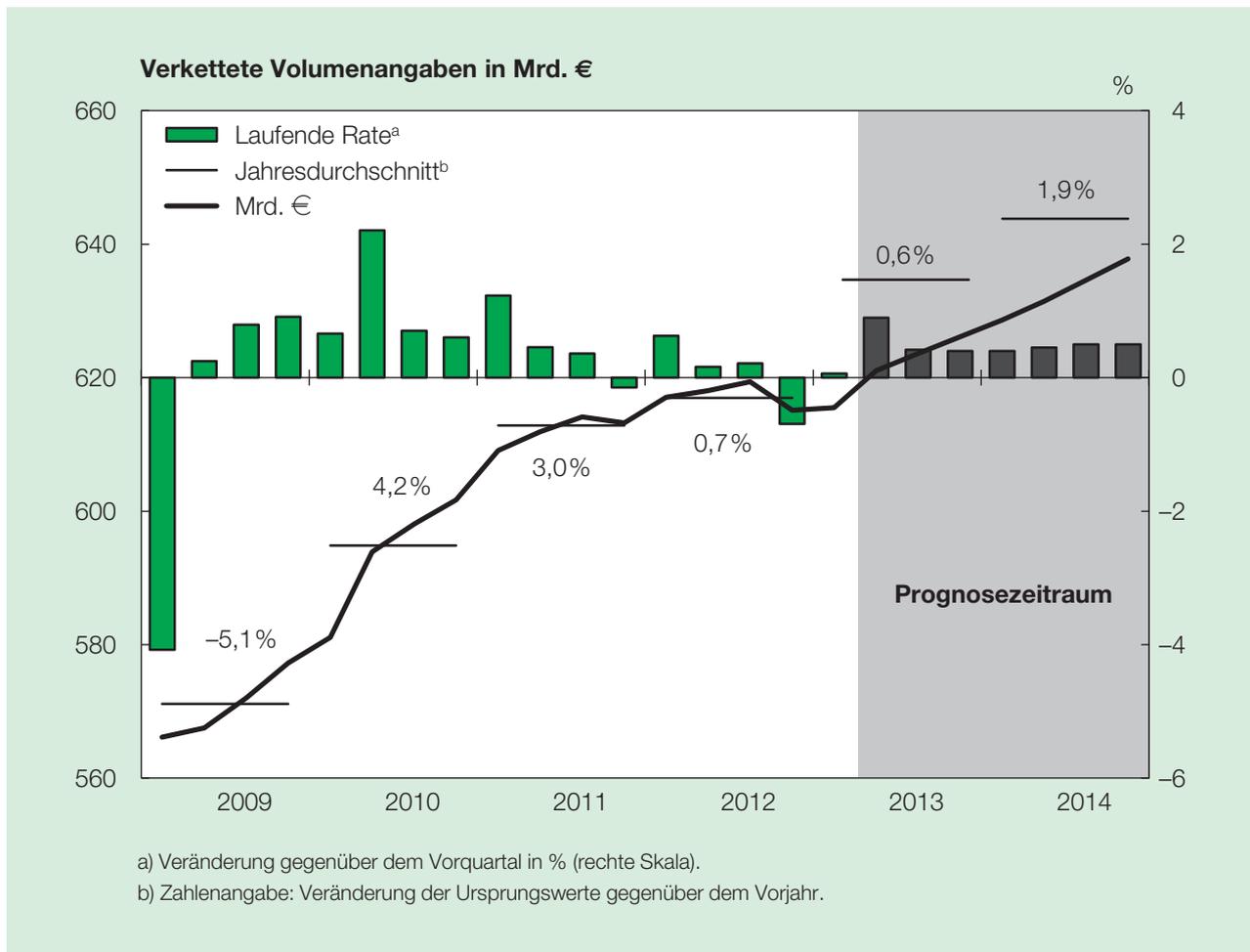
Im kommenden Jahr bleibt die konjunkturelle Grundtendenz voraussichtlich deutlich aufwärtsgerichtet. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte leicht beschleunigt expandieren, die Auslastung des Produktionspotenzials steigen. Die Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft sind weiterhin günstig. Vor allem die lockere Geldpolitik und das sehr reichliche Kapitalangebot führen zu historisch niedrigen Zinsen und sehr vorteilhaften Kreditkonditionen. Auch von der Finanzpolitik gehen leicht expansive Impulse aus. Getragen wird der Aufschwung von der Binnenkonjunktur. Die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen werden wohl kräftig zulegen können, stimuliert von den außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen. Der private Konsum expandiert voraussichtlich im Tempo der stetig steigenden Realeinkommen. Insgesamt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,9% expandieren.

Bei alledem dürfte sich die Erwerbstätigkeit im Jahresdurchschnitt 2013 um 250.000 Personen erhöhen. Im kommenden Jahr spricht die günstige Konjunktur für eine anziehende Arbeitsnachfrage. Die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Lohnkosten dürften dem jedoch entgegenwirken. Die Zahl der Erwerbstätigen wird deshalb im Jahr 2014 voraussichtlich nur um 100.000 Personen zunehmen. Die Arbeitslosigkeit wird zunächst wohl weiter steigen, nicht zuletzt weil sich das Angebot an Arbeitskräften durch die Zuwanderung erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2013 ist mit einer Zunahme der Arbeitslosenzahl um 70.000 Personen zu rechnen. Im Verlauf des Jahres 2014 dürfte die Zahl der Arbeitslosen dann allmählich wieder sinken. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich aufgrund des Überhangs dennoch ein leichter Anstieg um 15.000 Personen.

Die Verbraucherpreise dürften in diesem Jahr um 1,6% steigen, im kommenden Jahr um 1,8%. Zwar geht von den Rohölnotierungen annahmegemäß kein Preisdruck aus, allerdings verstärkt sich der heimische Preisauftrieb angesichts der guten Konjunktur etwas.

Das gesamtstaatliche Budget dürfte im Jahr 2013 ein leichtes Defizit in Höhe von rund 5 Mrd. € (0,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) ausweisen, nachdem im vergangenen Jahr noch ein kleiner Überschuss erzielt wurde. Im Jahr 2014 dürfte der Fehlbetrag auf etwa 3 Mrd. € zurückgehen (vgl. Tab. 1). Auf Basis dieses

Abbildung 1: Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (saison- und kalenderbereinigter Verlauf)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts; ab 2. Quartal 2013: Prognose des ifo Instituts.

nahezu ausgeglichenen Staatshaushalts würde für sich genommen die staatliche Bruttoschuldenquote von 81,9 % im Jahr 2012 auf rund 77 ½ % im Jahr 2014 sinken. Dies setzt jedoch voraus, dass es per saldo nicht zu einer erneuten Erhöhung des staatlichen Bruttoschuldenstands infolge von neuen Maßnahmen zur Banken- oder Eurorettung kommt.

Die Prognose im Detail

Exporte

Im Winterhalbjahr sanken sowohl die Exporte als auch die Importe. Während der Außenbeitrag die Veränderung des Bruttoinlandsprodukts im Schlussquartal 2012 rechnerisch um 0,7 Prozentpunkte dämpfte, leistete er im ersten Quartal 2013 einen geringen positiven Expansionsbeitrag, da die Einfuhr noch stärker fiel als die Ausfuhr. Maßgeblich für den Rückgang der Exporte im ersten

Quartal waren die Investitionsgüterausfuhren, die insbesondere in die südostasiatischen Länder Indonesien, Malaysia, Singapur und Thailand sowie in die OPEC-Staaten zurückgingen.

Für das zweite Quartal ist mit einem merklichen Anstieg der Exporte zu rechnen. Darauf deuten zum einen die ifo Exporterwartungen hin, die sich weiter auf einem relativ hohen Niveau befinden. Zum anderen verzeichneten sowohl die nominalen Warenausfuhren in Abgrenzung des Spezialhandels als auch die Auftragseingänge aus dem Ausland für deutsche Vorleistungsgüter zuletzt ein deutliches Plus. Im zweiten Halbjahr wird die Entwicklung des Exports aufgrund der schleppenden Erholung im Euroraum wohl gebremst verlaufen. Dazu trägt auch bei, dass sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Winterhalbjahr deutlich verschlechtert hat, da der Euro effektiv aufwertete. Insgesamt ist mit einem leichten Rückgang des realen Exports in diesem Jahr zu rechnen, bedingt durch das niedrige Niveau zu Jahresende 2012 und durch den starken Exportrückgang im ersten Quartal.

Tabelle 1: Eckdaten der Pgnose für die Bundesrepublik Deutschland

	2011	2012	2013 ¹	2014 ¹
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr^a				
Private Konsumausgaben	1,7	0,8	0,8	1,1
Konsumausgaben des Staates	1,0	1,2	0,8	1,0
Bruttoanlageinvestitionen	6,2	-2,5	0,6	5,7
Ausrüstungen	7,0	-4,8	-1,7	7,3
Bauten	5,8	-1,5	1,9	4,7
Sonstige Anlagen	3,9	3,2	2,7	5,6
Inländische Verwendung	2,6	-0,3	0,8	2,1
Exporte	7,8	3,8	-0,3	5,4
Importe	7,4	2,2	0,1	6,3
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	3,0	0,7	0,6	1,9
Erwerbstätige ^b (1.000 Personen)	41.164	41.619	41.869	41.968
Arbeitslose (1.000 Personen)	2.976	2.897	2.967	2.981
Arbeitslosenquote ^c (in %)	7,1	6,8	6,9	7,0
Verbraucherpreise ^d				
(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	2,1	2,0	1,6	1,8
Finanzierungssaldo des Staates ^e				
– in Mrd. €	-19,7	2,3	-5,1	-3,2
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-0,8	0,1	-0,2	-0,1
Leistungsblinanzsaldo				
– in Mrd. €	161,2	185,4	197,0	200,0
– in % des Bruttoinlandsprodukts	6,2	7,0	7,3	7,1

1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – d) Verbraucherpreisindex (2010=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Bundesagentur für Arbeit; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Im Verlauf des Jahres 2014 wird sich die Exportdynamik wohl wieder erhöhen, der Zuwachs dürfte sich auf 5,4 % belaufen. Positive Impulse kommen vor allem aus Südostasien und China, aber auch aus den USA und aus Osteuropa. Auch aus der Eurozone wird die Nachfrage nach deutschen Gütern im Verlauf des kommenden Jahres voraussichtlich leicht zunehmen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich 2014 gegenüber den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wohl nur sehr leicht

verschlechtern und damit im nächsten Jahr die Ausfuhr nur in geringem Maße dämpfen.

Wendepunkt bei den Ausrüstungsinvestitionen

Die realen Ausrüstungsinvestitionen sind seit dem vierten Quartal 2011 kontinuierlich gesunken, im zweiten Quartal 2013 deutet sich aber eine Tendenzwende an. Ab dem

zweiten Quartal 2013 dürften sich die Ausrüstungsinvestitionen erholen, da die Unsicherheit der Unternehmen nachlässt. Zudem hat die Kapazitätsauslastung das langjährige Mittel nahezu erreicht. Im Durchschnitt des Jahres 2013 werden die Ausrüstungsinvestitionen allerdings noch um 1,7 % sinken.

Im weiteren Prognosezeitraum werden die Ausrüstungsinvestitionen deutlich zulegen. Zum einen bleiben die Finanzierungsbedingungen äußerst günstig, zudem dürfte die erhöhte Nachfrage aus dem In- und Ausland zu Erweiterungsinvestitionen führen. Darüber hinaus erleichtern höhere Unternehmensgewinne die Selbstfinanzierung von Investitionsprojekten. Insgesamt dürften die Ausrüstungsinvestitionen im Durchschnitt des Jahres 2014 um 7,3 % zulegen.

Bauwirtschaft nimmt wieder Fahrt auf

Die realen Bauinvestitionen sanken im ersten Quartal 2013 auch aufgrund witterungsbedingter Produktionsausfälle um 2,1 %, nachdem sie bereits im Durchschnitt des Jahres 2012 um insgesamt 1,5 % gefallen waren. Im weiteren Verlauf des Jahres 2013 werden sich die Bauinvestitionen jedoch voraussichtlich deutlich erholen, da witterungsbedingte Produktionsausfälle nachgeholt werden und die Beseitigung der Flutschäden zusätzliche Investitionen nach sich ziehen dürften.

Dies gilt insbesondere für den *Wohnungsbau*: Im zweiten Quartal dürften die Aufholeffekte nach dem strengen Winter einen kräftigen Schub auslösen, im dritten und vierten Quartal dürften die Reparaturen und Wiederaufbaumaßnahmen nach der Flutkatastrophe nachfragewirksam werden. Darüber hinaus wird der Wohnungsbau von der hohen und steigenden Erwerbstätigkeit sowie den realen Einkommenszuwächsen profitieren. Zudem sind die Finanzierungsbedingungen äußerst günstig und Wohneigentum als Anlagealternative weiterhin attraktiv. Alles in allem ist mit einem Anstieg der Wohnbauinvestitionen von durchschnittlich 1,7 % im Jahr 2013 zu rechnen.

Der *Wirtschaftsbau* dürfte aufgrund verbesserter Absatz- und Gewinnerwartungen der Unternehmen ebenfalls an Schwung gewinnen. Des Weiteren sinkt die Unternehmensunsicherheit am aktuellen Rand und wird wohl zu einer Überwindung der Investitionszurückhaltung beitragen. Im Jahr 2013 dürfte der Wirtschaftsbau daher um durchschnittlich 3,4 % zulegen.

Beim *öffentlichen Bau* ist ebenfalls mit einer kräftigen Erholung zu rechnen. Zum einen dürften die witterungsbedingten Produktionsausfälle im zweiten Quartal zumindest in Teilen nachgeholt worden sein. Zum anderen wird wohl insbesondere der öffentliche Tiefbau aufgrund der Beseitigung der Flutschäden in der zweiten Jahreshälfte

stark zulegen. Infolge des sehr schwachen ersten Quartals werden die öffentlichen Bauinvestitionen insgesamt jedoch um reichlich 1 % im Durchschnitt des Jahres 2013 sinken. Alles in allem dürften die Bauinvestitionen im Jahr 2013 um 1,9 % steigen.

Im Jahr 2014 wird sich die Erholung voraussichtlich fortsetzen, auch da die Beseitigung der Flutschäden wohl im laufenden Jahr noch nicht abgeschlossen sein wird. Darüber hinaus dürften sowohl der *Wohnungsbau* als auch der *Wirtschaftsbau* von der Belebung der Konjunktur sowie anhaltend positiven Fundamentalfaktoren wie den günstigen Finanzierungsbedingungen profitieren und um 3,7 % bzw. 4,2 % zulegen. Auch der *öffentliche Bau* wird sich im kommenden Jahr weiter erholen und um mehr als 11 % expandieren. Neben der Beseitigung der Flutschäden dürfte hierzu die Verbesserung der kommunalen Finanzen beitragen. Insgesamt ist mit einem Anstieg der Bauinvestitionen in Höhe von 4,7 % zu rechnen.

Privater Konsum stützt Konjunktur

Der private Konsum ist im ersten Vierteljahr 2013 sehr kräftig gestiegen, nachdem er in den Herbstmonaten merklich zurückgegangen war. Maßgeblich für die Expansion nach der Jahreswende war, dass die Kaufkraft der privaten Haushalte spürbar zugenommen hat. Für nahezu alle Verwendungszwecke wurde mehr ausgegeben als im Jahresendquartal 2012, wobei vor allem Einrichtungsgegenstände und Haushaltsgeräte gekauft wurden. Auch Energieträger waren angesichts der langanhaltend kalten Witterung gefragt. Weniger gesucht waren dagegen neue Pkw.

Die kräftige Ausweitung des privaten Konsums im ersten Quartal 2013 dürfte allerdings auch eine Reaktion auf den deutlichen Rückgang im Vorquartal gewesen sein und daher die konjunkturelle Grundtendenz überzeichnen. Es ist zu erwarten, dass die Expansion im weiteren Jahresverlauf verhaltener verläuft. Befördert wird die Konsumkonjunktur von höheren Tarifabschlüssen und steigenden Beschäftigtenzahlen. Auch die monetären Sozialleistungen dürften weiter zulegen. Zudem schlagen die zwischenzeitlich ausbezahlten Hilfen für die von der Flut betroffenen Haushalte konsumsteigernd zu Buche. Im Jahresdurchschnitt 2013 ist mit einer Zunahme des privaten Konsums um 0,8 % zu rechnen.

Im nächsten Jahr wird der private Konsum voraussichtlich leicht beschleunigt weiter expandieren. Die tariflichen Stundenverdienste dürften 2014 mit 2,5 % noch etwas schneller als im laufenden Jahr steigen. Zudem wird die Lohndrift konjunkturbedingt etwas höher ausfallen, sodass die Effektivverdienste, pro Arbeitnehmer

stunde gerechnet, mit 2,9% recht kräftig zulegen. Bei einer Zunahme des Arbeitsvolumens um 0,2% dürften die Bruttolöhne und -gehälter in der Summe um 3,1% zunehmen. Die monetären Sozialleistungen dürften im kommenden Jahr weiter spürbar zunehmen (2,2%). Denn die Altersrenten werden weiter merklich erhöht und in der ersten Jahreshälfte wirkt die diesjährige Renten-anpassung nach. Die Selbstständigen- und Vermögens-einkommen dürften im Gefolge der besseren Konjunktur ebenfalls kräftiger steigen. Alles in allem dürften die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 2,6% expandieren. Unter Berücksichtigung der Preissteigerung ergibt sich ein Zuwachs an realer Kaufkraft von 1,1%. Bei unveränderter Sparquote dürften in diesem Tempo auch die realen privaten Konsumausgaben steigen.

Inflation zieht leicht an

Der Preisauftrieb ist auf der Verbraucherstufe im ersten Quartal 2013 moderat geblieben. Wie schon im Vorquartal stieg der Verbraucherpreisindex lediglich um 1,4% (annualisierte Rate). Zwar hat sich Energie nach der Jahreswende aufgrund der kräftigen Anhebung der EEG-Umlage recht deutlich verteuert. Allerdings sind die Nahrungsmittelpreise zeitweilig etwas weniger stark gestiegen. Zudem ist die Praxisgebühr abgeschafft worden. Schließlich profitierten die Verbraucher von der Aufwertung des Euro, die importierte Waren und Dienste verbilligte. Im zweiten Quartal dürfte sich der Preisauftrieb leicht beschleunigt haben. Das Vorjahresniveau wurde im Mai um 1,5% übertroffen.

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau leicht beschleunigt steigen. Zwar geht von den Rohölnotierungen annahmegemäß kein größerer Preisdruck aus; hier ist reale Konstanz unterstellt. Dagegen werden die Stromtarife aufgrund der steigenden EEG-Umlage erneut angehoben. Zudem ziehen die Lohnstückkosten weiter an, was bei guter Konjunktur an die Konsumenten weitergegeben werden dürfte. Außerdem dürften die Wohnungsmieten auch im Bestand allmählich etwas stärker angehoben werden und die Tabaksteuer wird erneut erhöht. Schließlich entfällt im Vorjahresvergleich der dämpfende Effekt der Abschaffung der Praxisgebühr. Insgesamt dürften das Verbraucherpreisniveau im diesem Jahr um 1,6% und im kommenden Jahr um 1,8% höher sein.

Arbeitsnachfrage steigt verhaltener

Der Arbeitsmarkt hat der konjunkturellen Abschwächung im Winterhalbjahr getrotzt. Gemessen am Arbeitsvolu-

men war die Arbeitsnachfrage im Winterhalbjahr zwar schwach. Dem Rückgang der Arbeitsnachfrage wurde aber offenbar mit einer Reduktion von Überstunden begegnet, die durchschnittliche Arbeitszeit sank spürbar. Im Ergebnis stieg die Beschäftigung sogar in nahezu allen Wirtschaftsbereichen.

Im Prognosezeitraum dürfte die Arbeitsnachfrage zunächst schwach bleiben. Zwar wird die Produktion merklich ausgeweitet. Da die Unternehmen in der Vergangenheit aber beträchtliche Produktivitätseinbußen hingenommen haben, die die realen Lohnstückkosten in die Höhe getrieben haben, werden sie bestrebt sein, ihre Kostensituation durch die Mobilisierung von Produktivitätsreserven zu verbessern. Im Ergebnis dürfte das Arbeitsvolumen im weiteren Verlauf des Jahres 2013 stagnieren. Bei nur noch leicht sinkender Arbeitszeit je Arbeitnehmer wird sich der Beschäftigungsaufbau mehr und mehr verlangsamen. Im Jahresdurchschnitt dürfte sich die Erwerbstätigkeit um 250.000 Personen erhöhen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung wird aufgrund des hohen Ausgangswertes zu Jahresbeginn sogar um voraussichtlich 360.000 Personen zulegen (vgl. Tab. 2).

Im kommenden Jahr spricht die prognostizierte günstige konjunkturelle Entwicklung für eine merklich anziehende Arbeitsnachfrage. Die in den vergangenen Jahren gestiegenen Lohnkosten wirken dem jedoch entgegen. Daher wird das Arbeitsvolumen voraussichtlich nur um 0,2% zunehmen. Obwohl aufgrund der guten Auftragslage wieder vermehrt Überstunden geleistet werden, dürfte die durchschnittliche Arbeitszeit aufgrund der im Trend steigenden Teilzeitquote im Jahr 2014 stagnieren. Die Erwerbstätigenzahl wird damit voraussichtlich um 100.000 Personen zunehmen.

Wie sich die Beschäftigungsentwicklung auf die Zahl der Arbeitslosen auswirkt, hängt von der Änderung des Erwerbspersonenpotenzials ab, das neben den Erwerbstätigen und den Erwerbslosen auch die Stille Reserve umfasst. Im Prognosezeitraum ist damit zu rechnen, dass das Erwerbspersonenpotenzial weiter steigt; die fortgesetzte Zuwanderung aus den EU-Mitgliedstaaten dürfte den demographisch angelegten Bevölkerungsrückgang überkompensieren. Hierfür spricht, dass sich die Arbeitsmarktlage in den krisengeschüttelten EU-Mitgliedsstaaten wohl nicht so schnell bessern wird. Zudem wird ab 2014 die Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für Rumänien und Bulgarien aufgehoben. Allerdings dürfte der Abbau von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen im Jahr 2013 weitgehend abgeschlossen werden. Daher drängen in geringerem Ausmaß als in den vergangenen beiden Jahren Personen aus der Stillen Reserve in Maßnahmen auf den Arbeitsmarkt, was die Zahl der Arbeitslosen im kommenden Jahr für sich

Tabelle 2: Arbeitsmarkt (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2011	2012	2013	2014
Deutschland				
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	57.887	58.147	58.075	58.179
Erwerbstätige Inländer	41.116	41.565	41.823	41.924
Arbeitnehmer	36.577	37.022	37.330	37.419
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	28.440	28.982	29.342	29.481
darunter:				
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung ^a	189	141	105	110
Marginal Beschäftigte	5.763	5.649	5.623	5.607
darunter:				
Minijobs	4.865	4.806	4.789	4.784
1-Euro-Jobs ^b	166	119	109	99
Selbstständige	4.539	4.543	4.483	4.496
darunter:				
geförderte Selbstständige ^c	136	75	15	9
Pendlersaldo	48	54	46	44
Erwerbstätige Inland	41.164	41.619	41.869	41.968
Arbeitslose	2.976	2.897	2.967	2.981
Arbeitslosenquote ^d	7,1	6,8	6,9	7,0
Erwerbslose ^e	2.502	2.316	2.316	2.306
Erwerbslosenquote ^f	5,7	5,3	5,2	5,2
Kurzarbeit	148	111	141	141

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Personal-Service Agenturen, Eingliederungszuschuss (inkl. §§ 88, 90 und 131 SGB III), Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss bei beruflicher Weiterbildung, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Eingliederungshilfen für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere, Beschäftigungsphase Bürgerarbeit, Eingliederungsgutschein. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschuss, Existenzgründungszuschuss, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – e) Definition der ILO. – f) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit; 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

genommen entlastet. Alles in allem wird die Arbeitslosigkeit im laufenden Jahr zunehmen. Für das Jahr 2013 ergibt sich ein Anstieg von 70.000 Personen. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte die Zahl der Arbeitslosen dann allmählich sinken. Aufgrund des Überhangs ergibt sich im Jahresdurchschnitt ein leichter Anstieg um 15.000 Personen.

Staatshaushalt nahezu ausgeglichen

Das Budgetdefizit des Staates ist im Jahr 2011 aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung und des finanzpolitischen Konsolidierungskurses deutlich gesunken. Im vergangenen Jahr wurde sogar ein leichter Überschuss erzielt. Seit diesem Jahr gehen von der Finanzpolitik

allerdings wieder expansivere Impulse aus, sodass sich der Finanzierungssaldo des Staates nicht weiter verbessern dürfte.

Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2013 voraussichtlich nur noch um 2,3% steigen und damit nicht mehr so kräftig wie in den Vorjahren. Dabei führen das Steuervereinfachungsgesetz 2011 sowie die Anhebung des Grundfreibetrages zu Mindereinnahmen. Außerdem werden die Bruttolöhne und -gehälter wohl nicht mehr so schnell expandieren wie zuvor. Auch die Gewinnsteuern dürften weniger stark zunehmen, weil Vorauszahlungen und Nachzahlungen aus Veranlagungen bereits im Jahr 2012 ein sehr hohes Niveau erreicht haben. Die Sozialbeiträge werden nur noch um 1,6% zulegen, da der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung zum 01.01.2013 erneut gesenkt wurde, und zwar um 0,7 Prozentpunkte. Die Senkung verteilt sich paritätisch auf die Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Gleichzeitig wurde der Beitragssatz der Pflegeversicherung um 0,1 Prozentpunkte angehoben, und die Insolvenzgeldumlage stieg ebenfalls um rund 0,1 Prozentpunkte. Die Vermögenseinkommen des Staates dürften in etwa stabil bleiben.

Die Staatsausgaben werden nach der moderaten Entwicklung in den Vorjahren nun wohl wieder stärker steigen. So dürften die monetären Sozialleistungen im laufenden Jahr um etwa 1,9% zunehmen. Dabei ist berücksichtigt, dass die Renten zum 01.07.2013 um 0,25% im Westen und um 3,29% im Osten angehoben worden sind. Zudem steigen die Ausgaben für Arbeitslosengeld im Jahresdurchschnitt leicht, und das neue Betreuungsgeld führt ebenfalls zu Mehrausgaben. Die Arbeitnehmerentgelte des Staates werden voraussichtlich um 2,2% zunehmen. Für sich genommen fallen die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst zwar höher aus. Die Zunahme wird jedoch gedämpft durch den Stellenabbau bei der BUNDESWEHR und der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT sowie durch niedrigere Arbeitgeberbeiträge für die Ange-

stellten im öffentlichen Dienst. Nach einem deutlichen Rückgang im Jahr 2012 werden die öffentlichen Investitionen wohl wieder steigen. Dabei wird unterstellt, dass zur Wiederherstellung der Infrastruktur nach dem Hochwasser im Juni zusätzliche investive Ausgaben des Staates in Höhe von rund 0,5 Mrd. € getätigt werden. Auch die Vermögensübertragungen dürften zunehmen; nicht zuletzt infolge der Unterstützungszahlungen an Flutopfer.

Im Jahr 2014 bleibt die Finanzpolitik voraussichtlich auf expansivem Kurs. So sind Steuersenkungen beschlossen worden, zudem werden das Betreuungsgeld und die Hilfen aus dem Hochwasserhilfsfonds erstmals ein volles Jahr ausgabenwirksam. Die Staatseinnahmen dürften stärker als im laufenden Jahr zunehmen, da Steuern und Sozialbeiträge wieder im Gleichschritt mit den Bruttolöhnen und -gehältern expandieren. Auch die Staatsausgaben dürften im kommenden Jahr beschleunigt steigen. Die Konsolidierungsbemühungen dürften angesichts der verbesserten Finanzlage wohl etwas nachlassen. Zudem fließen im Jahr 2014 weitere Mittel aus dem Hochwasserhilfsfonds für Investitionen und Vermögenstransfers ab. Die monetären Sozialleistungen werden wohl um 2,0% zunehmen. Die Zinsausgaben des Staates dürften in etwa stagnieren, da die Zinskonditionen vorteilhaft bleiben.

Das gesamtstaatliche Budget dürfte im laufenden Jahr ein Defizit in Höhe von rund 5 Mrd. € (oder 0,2% des nominalen Bruttoinlandsprodukts) ausweisen, nachdem im vergangenen Jahr noch ein kleiner Überschuss erzielt worden war. Im Jahr 2014 dürfte sich der Fehlbetrag auf 3 Mrd. € stellen.

¹ Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2013. Vgl. K. Carstensen, W. Nierhaus et. al., ifo Konjunkturprognose 2013/2014: Günstige Perspektiven für die deutsche Konjunktur, in: ifo Schnelldienst, 13/2013, 66. Jg., S. 17–64.

Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2013/2014: Aufschwung in Sicht

Michael Kloß, Robert Lehmann und Joachim Ragnitz*

Die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen

Seit dem vergangenen Herbst hat sich die Weltkonjunktur auf einem verhältnismäßig niedrigen Niveau stabilisiert. Maßgeblich hierfür war vor allem die relativ robuste konjunkturelle Entwicklung in den USA, in Japan sowie in wichtigen aufstrebenden Volkswirtschaften. Im Euroraum dagegen schrumpfte die aggregierte Wirtschaftsleistung.

Maßgeblich für die Entwicklung im Euroraum sind die in der kurzen Frist dämpfenden, jedoch dringend notwendigen strukturellen Anpassungen, die in vielen Mitgliedsländern seit geraumer Zeit vorgenommen werden. So sind fast alle Regierungen bemüht, durch Konsolidierungsmaßnahmen die strukturellen Defizite der öffentlichen Haushalte zu verringern. Darüber hinaus versuchen vielerorts auch die privaten Haushalte, ihre Verschuldung auf ein tragbares Niveau zu reduzieren. Schließlich schrumpfen in einigen Ländern jene Wirtschaftssektoren auf ein nachhaltiges Niveau, die aufgrund von Übertreibungen vor der globalen Finanzkrise zu groß geworden waren. Diese Anpassungsprozesse erhöhen mittelfristig das Potenzialwachstum, sie gehen aber kurzfristig mit erheblicher Unterbeschäftigung einher. Das IFO INSTITUT unterstellt in der vorliegenden Prognose, dass die strukturellen Anpassungen im Euroraum wie angekündigt fortgesetzt werden. Dies ist auch die wichtigste Voraussetzung dafür, dass es zu keiner erneuten Eskalation der Eurokrise kommt und dass sich das Vertrauen von Investoren, Konsumenten und Produzenten weiter festigt.

Soweit sich dieses Basisszenario realisiert, dürfte die Weltwirtschaft im Prognosezeitraum an Fahrt gewinnen. Darauf deuten zahlreiche Frühindikatoren wie das ifo Weltwirtschaftsklima hin. Die Wirtschaft des Euroraums dürfte, nach dem von Nachholeffekten in der Bauwirtschaft überzeichneten zweiten Quartal, im weiteren Prognosezeitraum mit äußerst moderaten Zuwachsraten expandieren. Während vor allem die Beschleunigung bei den Ausfuhren positive Impulse liefern wird, dämpfen neben den strukturellen Anpassungen in weiten Teilen der Währungsunion die fortgesetzten, wenn auch nachlassenden Konsolidierungsbemühungen der Fiskalpolitik die gesamtwirtschaftliche Dynamik. In den USA, Japan und den aufstrebenden Volkswirtschaften dürfte sich die wirtschaftliche Expansion deutlich stärker beschleunigen. Stützend wirken hier vielerorts expansive geld- und finanzpolitische Eingriffe. Alles in allem dürfte die gesamtwirt-

schaftliche Produktion der Welt der Prognose des IFO INSTITUTS vom 26.06.2013 zufolge in diesem und im nächsten Jahr mit 2,9% bzw. 3,7% dennoch nur verhältnismäßig wenig zunehmen.

In Deutschland ist die Wirtschaft schwach in das neue Jahr gestartet. Das reale Bruttoinlandsprodukt stieg im ersten Quartal 2013 nur um 0,1%. In den Frühjahrsmonaten hat die deutsche Konjunktur dann aber sehr deutlich Fahrt aufgenommen. Expansive Impulse kamen vor allem aus dem Verarbeitenden Gewerbe, getrieben von der lebhaften Exportnachfrage. Zudem wurde im Baugewerbe Produktion nachgeholt, die wegen des ungewöhnlich langen Winterwetters zunächst ausgefallen war. Im Juni kam es zu erneuten Produktionseinbußen im Gefolge der Hochwasserkatastrophe in Süd- und Ostdeutschland. Diese waren aber regional eng begrenzt und dürften vielfach schnell aufgeholt worden sein. Im Prognosezeitraum sind aus der Beseitigung der flutbedingten Schäden am Anlagevermögen deutliche positive Impulse zu erwarten, allerdings nur in dem Ausmaß, wie der Reparaturaufwand ansonsten anderweitig getätigte Ausgaben nicht verdrängt. In der ifo Konjunkturprognose für Deutschland wird die technische Annahme getroffen, dass durch die Wiederaufbaumaßnahmen bis Ende 2014 per saldo eine zusätzliche Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern in Höhe von 6 Mrd. € angestoßen wird, wovon rund 3 Mrd. € auf das Jahr 2013 entfallen.

Die Beseitigung der Flutfolgeschäden dürfte vor allem die Wertschöpfung am Bau anregen. Dank der stabilen Arbeitsmarktlage bleibt auch bei den konsumnahen Dienstleistern die Perspektive freundlich. Insgesamt sind die Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft in Deutschland zuletzt wieder leicht gestiegen. Das IFO INSTITUT prognostiziert für 2013 eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um 0,6% [vgl. NIERHAUS (2013)]. Die Erwerbstätigkeit dürfte ebenfalls um 0,6% steigen. Entsprechend wird die bundesweite Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt 6,9% betragen.

Im kommenden Jahr bleibt die konjunkturelle Grundtendenz voraussichtlich deutlich aufwärtsgerichtet. Der Aufschwung wird maßgeblich von der Binnenkonjunktur

* Prof. Joachim Ragnitz ist stellvertretender Geschäftsführer; Michael Kloß und Robert Lehmann sind Doktoranden der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

getragen. Stimuliert von den außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen werden wohl auch die Bau- und Ausrüstungsinvestitionen kräftig zulegen können. Insgesamt dürfte das deutsche reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2014 um 1,9 % expandieren. Der mit zunehmender Produktion anziehenden Arbeitsnachfrage wirken jedoch die in den vergangenen Jahren deutlich gestiegenen Lohnkosten entgegen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird deshalb im Jahr 2014 in Deutschland voraussichtlich nur um 0,2 % zunehmen. Gegenüber dem Jahr 2013 erwartet das ifo INSTITUT einen leichten Anstieg der mittleren jährlichen Arbeitslosenquote auf 7,0 %.

Prognose für Ostdeutschland und Sachsen im Überblick

Die ostdeutsche Wirtschaft expandierte im Jahr 2012 nicht ganz so kräftig wie der gesamtdeutsche Durchschnitt. Während das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland insgesamt um 0,7 % wuchs, waren es in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) nach vorläufigen Berechnungen des ARBEITSKREISES VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER nur 0,5 %. In Sachsen war sogar ein Rückgang der Wirtschaftsleistung zu verzeichnen (-0,3 %). Maßgeblich hierfür war eine deutliche Abkühlung der Industriekonjunktur im zweiten Halbjahr, die naturgemäß vor allem die Bundesländer mit einem hohen Anteil des Verarbeitenden Gewerbes betroffen hat. Im Baugewerbe sank die Bruttowertschöpfung ebenfalls.

Auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres fehlten positive Impulse in der ostdeutschen Wirtschaft. Nicht zuletzt das langanhaltende Winterwetter und schließlich – wenn auch regional begrenzt – das Hochwasser vom Juni 2013 beeinträchtigten die Produktion. Die insgesamt schwache konjunkturelle Entwicklung seit dem vergangenen Herbst wirkte sich schließlich auch dämpfend auf die Erwerbstätigkeit aus. Dies geht aus vorläufigen Berechnungen des ARBEITSKREISES ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER hervor [vgl. THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK (2013)]. Demnach ist die Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland mit Berlin im ersten Quartal des Jahres 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum zwar um 0,5 % gestiegen; jedoch wird das Ergebnis durch einen kräftigen Beschäftigungszuwachs in Berlin um 2,2 % getrieben. In den ostdeutschen Flächenländern allein ist ein leichter Rückgang der Erwerbstätigkeit um 0,1 % zu verzeichnen. Am stärksten betroffen war erneut das Land Sachsen-Anhalt (-0,8 %); hier sank die Erwerbstätigkeit das siebte Quartal in Folge [vgl. ARBEITSKREIS ETR DES BUNDES UND DER LÄNDER (2013b)].

Auch im Freistaat Thüringen ist die Erwerbstätigkeit leicht zurückgegangen (-0,2 %). Im Land Brandenburg stagnierte sie, während in Mecklenburg-Vorpommern ein kleines Plus von 0,2 % zu verzeichnen war. Im Freistaat Sachsen legte die Erwerbstätigkeit im ersten Quartal 2013 ebenfalls nur schwach zu (0,3 %).

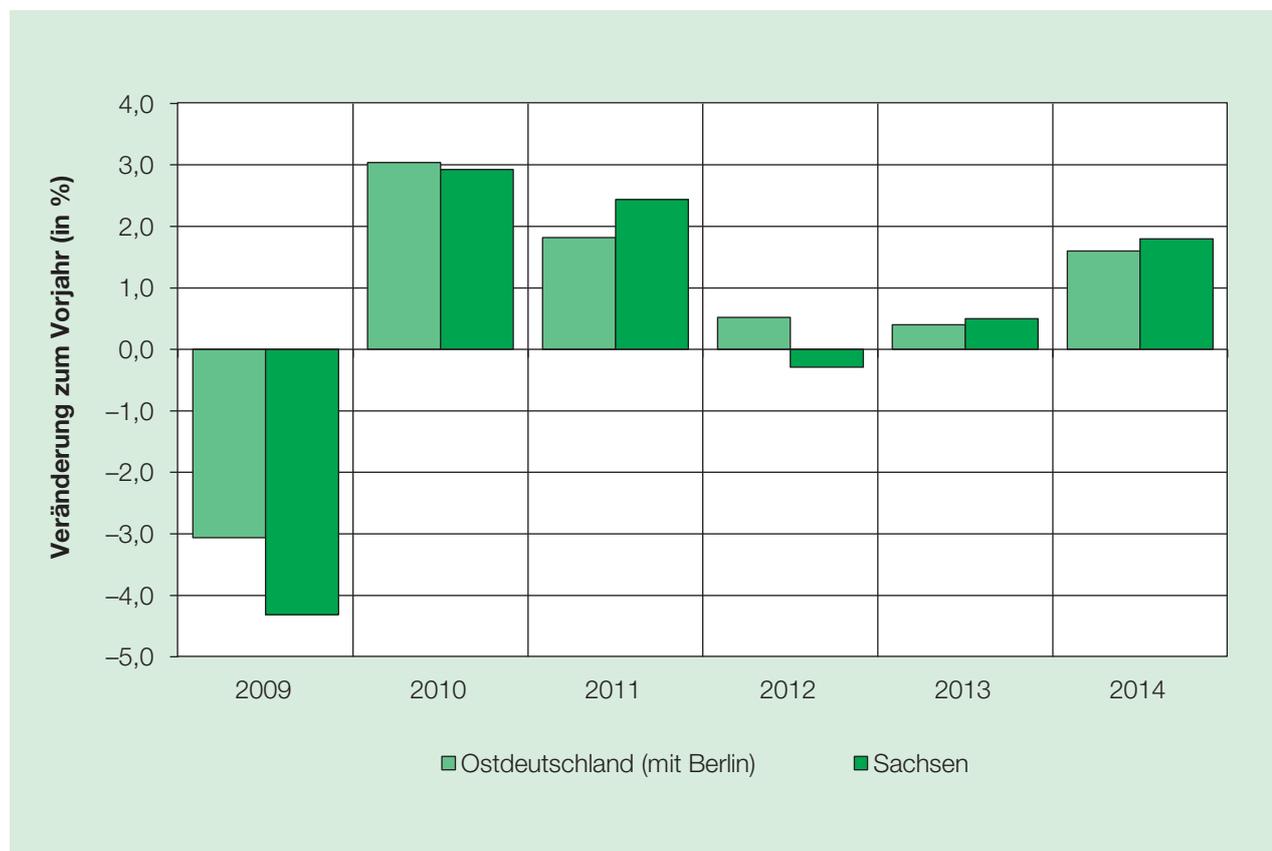
Für den weiteren Verlauf des Jahres 2013 erwartet das ifo INSTITUT eine Besserung der konjunkturellen Lage. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt wird in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) voraussichtlich um 0,4 % und im Freistaat Sachsen um 0,5 % steigen (vgl. Abb. 1).

Getragen wird diese Entwicklung im Wesentlichen von der weiterhin robusten Binnenkonjunktur. Die anhaltend niedrigen Zinsen begünstigen eine weitere Zunahme des Wohnungsbaus. Auch die Wiederaufbaumaßnahmen nach dem Hochwasser vom Juni 2013 werden – nach und nach – wertschöpfungssteigernde Effekte entfalten. Dies gilt insbesondere für die vom Hochwasser besonders stark betroffenen Regionen in Sachsen und Sachsen-Anhalt. Gegen Jahresende werden schließlich auch vom Außenhandel positive Impulse ausgehen, die die Produktion von Vorleistungs- und Investitionsgütern anregen.

Im Jahr 2014 wird sich die konjunkturelle Dynamik in Ostdeutschland und Sachsen weiter erhöhen. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt Ostdeutschlands (einschließlich Berlin) dürfte um 1,6 % expandieren. Im Freistaat Sachsen wird die Zunahme der Produktion aufgrund der stärkeren Auslandsverflechtung mit 1,8 % noch etwas kräftiger ausfallen. Bislang zurückgestellte Investitionsvorhaben werden nun nachgeholt und der hochwasserbedingte Wiederaufbau wird fortgeführt. Dank der stabilen Arbeitsmarktsituation und den jüngsten Tarifabschlüssen wird die Binnenkonjunktur die gesamtwirtschaftliche Entwicklung weiter vorantreiben.

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wird mit der größeren konjunkturellen Dynamik aller Voraussicht nach nicht Schritt halten. Dem erhöhten Produktionsbedarf werden die Betriebe auch mit einem Aufbau von Überstunden und der Mobilisierung von Produktivitätsreserven begegnen, um die infolge der Tarifabschlüsse gestiegenen bzw. im Prognosezeitraum steigenden Lohnstückkosten abzufedern. Zudem wirken sich die demographische Entwicklung und die damit einhergehenden Schwierigkeiten bei der Besetzung frei werdender Stellen dämpfend auf die Entwicklung der Erwerbstätigenzahl aus. Während die Erwerbstätigkeit im Jahr 2013 noch leicht zunehmen wird (Ostdeutschland: 0,4 %; Sachsen: 0,5 %), muss für das Jahr 2014 mit einer Stagnation gerechnet werden (Ostdeutschland: 0,0 %; Sachsen: 0,1 %; vgl. Abb. 2). Aufgrund der demographischen Entwicklung wird die Zahl der Arbeitslosen allerdings stärker sinken, als es der Zunahme der Erwerbstätigkeit entspricht.

Abbildung 1: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2013); 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Somit wird auch die Arbeitslosenquote trotz stagnierender Erwerbstätigkeit weiter zurückgehen [vgl. RAGNITZ (2011)].

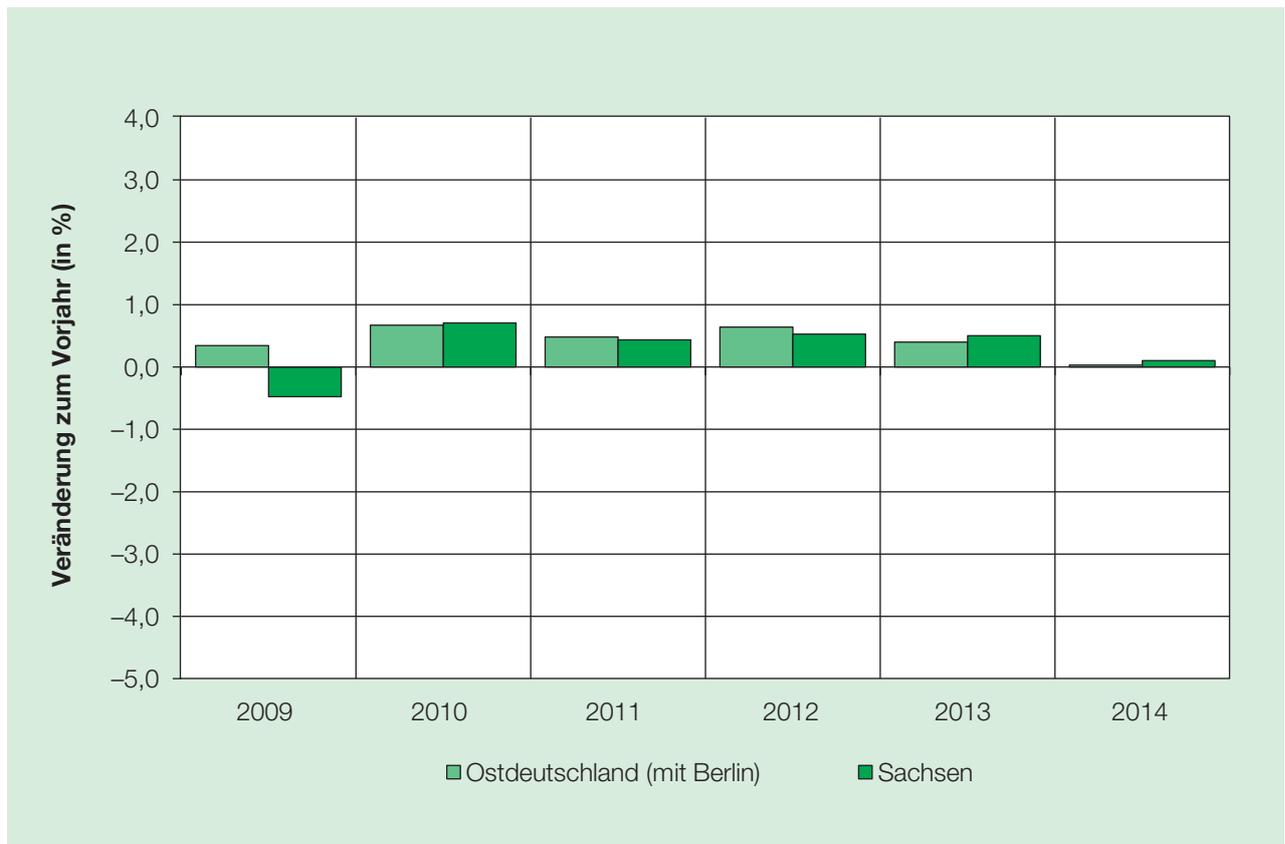
Die Wirtschaftsbereiche im Einzelnen

Die aktuelle Vorausschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland und Sachsen kann noch nicht auf alle Wirtschaftszweige separat eingehen. Zwar veröffentlichte der ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER im Februar 2013 erstmals lange Reihen zur Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftszweigen auf regionaler Ebene in der neuen Wirtschaftszweigklassifikation Ausgabe 2008. Jedoch liegen noch nicht für alle Wirtschaftszweige lange Reihen vor. Dies betrifft insbesondere den Dienstleistungssektor. Der ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER bietet stattdessen lange Zeitreihen für verschiedene Aggregate an, in denen die einzelnen Wirtschaftszweige zusammengefasst sind. Daher wird in der vorliegenden Prognose die Entwicklung der Bruttowertschöpfung nicht für alle Wirtschaftszweige separat, sondern teils nur für Aggregate ausgewiesen.

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe: Deutliche Zunahme der konjunkturellen Dynamik im kommenden Jahr

Die Unternehmen des ostdeutschen und sächsischen Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) haben einen schwierigen Jahresstart erlebt. Nach Angaben der amtlichen Statistik ist der Umsatz in Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 50 und mehr Beschäftigten in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 3,2% in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und um 4,7% in Sachsen gefallen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2013b)]. Darin schlagen sich die schwache Konjunktur insbesondere in den westeuropäischen Ländern infolge der Folgewirkungen der europäischen Schuldenkrise und die fortbestehende Schwäche der Investitionsgüternachfrage nieder. Dementsprechend war der Rückgang bei den Produzenten von Vorleistungsgütern und Investitionsgütern besonders ausgeprägt. Der Freistaat Sachsen, dessen Industrie im Vergleich zu den anderen ostdeutschen Bundesländern stärker überregional orientiert ist,

Abbildung 2: Veränderung der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen



Quellen: Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2013a); 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

litt besonders unter den schwachen Impulsen aus dem internationalen Umfeld. Der Auslandsumsatz sächsischer Industriebetriebe schrumpfte von Januar bis April 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 6,1 %. Dabei sank die Exportquote im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe im Mittel der ersten vier Monate des laufenden Jahres auf 38,0 %. Damit war sie nur noch geringfügig höher als die Exportquote von Ostdeutschland (einschließlich Berlin) insgesamt (36,2 %), und wesentlich niedriger als die Exportquote der westdeutschen Länder (49,1 %). Auch auf dem Arbeitsmarkt lief das neue Jahr nur schleppend an. Dies zeigen Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2012, 2013a, 2013b). Von Januar bis April 2013 nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands sowie Sachsens nur verhalten zu (+0,5 % bzw. +0,7 %; vgl. Abb. 3). Gleichzeitig wurden gegenüber dem Vorjahreszeitraum erheblich weniger neue freie Stellen an die BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldet.

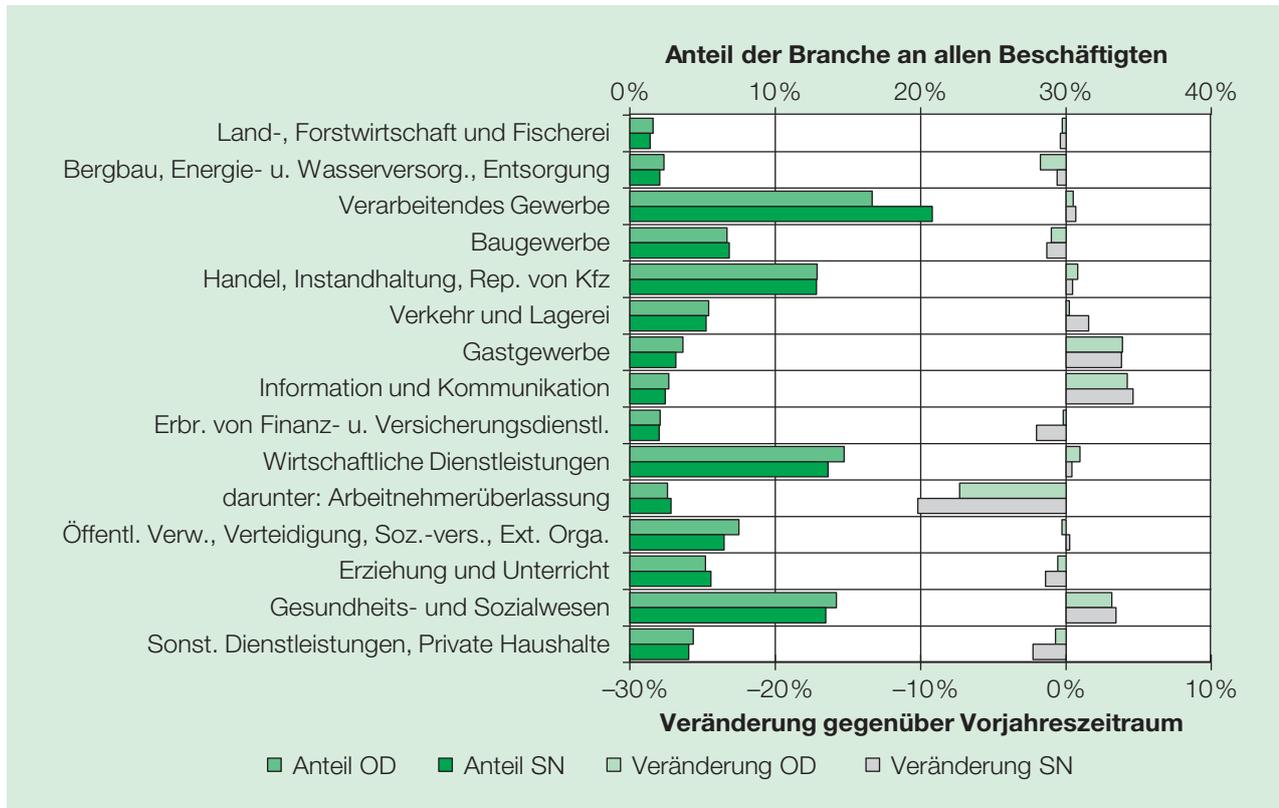
Für die zweite Jahreshälfte zeichnet sich jedoch eine Erholung der konjunkturellen Situation ab. Seit Jahresbeginn äußerten sich die ostdeutschen Industriebetriebe jeden Monat optimistisch zum zukünftigen Geschäftsverlauf. Eine Ausnahme bilden lediglich die Ergebnisse

vom Juni, die aber unter dem unmittelbaren Eindruck des Hochwassers standen und deswegen verzerrt sein könnten. Es steht zu erwarten, dass die Investitionen in Ausrüstungsgüter zum Jahresende kräftig anziehen werden, weil aufgeschobene Investitionspläne mit sich verbessernder Konjunkturlage nun realisiert werden. Davon profitieren auch die ostdeutsche und insbesondere die sächsische Wirtschaft. Insgesamt dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) in Ostdeutschland im Jahr 2013 um 0,4 % steigen (vgl. Abb. 4).

Im Freistaat Sachsen, wo sich die Industrie im Vergleich zu anderen ostdeutschen Bundesländern stärker auf die Produktion von Investitionsgütern spezialisiert hat, wird der Zuwachs mit 0,7 % deutlich höher ausfallen (vgl. Abb. 5).

Im kommenden Jahr werden die Ausrüstungsinvestitionen, begünstigt durch die anhaltend vorteilhaften Finanzierungsbedingungen, weiter zulegen. Mit zunehmender Auslastung der Produktionskapazitäten werden auch Erweiterungsinvestitionen zunehmend bedeutsam. Schließlich dürften die Unternehmen angesichts sich aufhellender Umsatzaussichten auch bisher aufgeschobene Investitionsprojekte nachholen. Die preisbereinigte Bruttowertschöp-

Abbildung 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Ostdeutschland und Sachsen nach Wirtschaftszweigen, Januar bis April 2013



Quellen: Bundesagentur für Arbeit (2013a), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

fung des Produzierenden Gewerbes (ohne Baugewerbe) wird daher im Jahr 2014 um 3,5 % in Ostdeutschland und um 4,2 % in Sachsen zunehmen.

Baugewerbe: Wohnungsbau und hochwasserbedingter Wiederaufbau befeuern die konjunkturelle Entwicklung

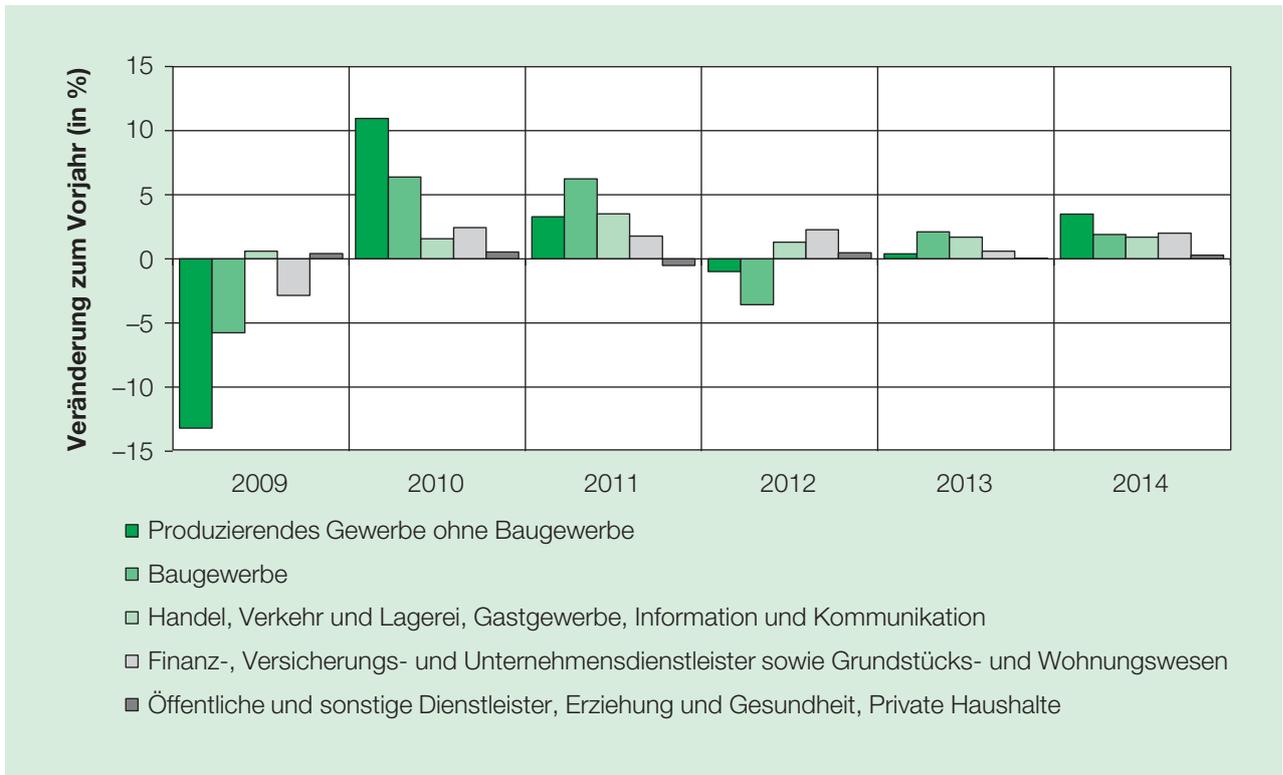
Im ostdeutschen und sächsischen Baugewerbe sorgte der ungewöhnlich lange und kalte Winter für einen schwachen Jahresbeginn. Bis in den April hinein berichteten 80 % der ostdeutschen Baufirmen von witterungsbedingten Behinderungen ihrer Bautätigkeit. Entsprechend verringerte sich die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter im Baugewerbe in den ersten vier Monaten des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1,0 % in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) und 1,3 % im Freistaat Sachsen. Gleichzeitig sank der kumulierte nominale Umsatz im Bauhauptgewerbe um knapp 13 % in Ostdeutschland und knapp 10 % in Sachsen [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2013a)]. Die stärksten Rückgänge verzeichneten jeweils der Wirtschaftsbau und der öffentliche Bau. Allein der Wohnungsbau in Sachsen

konnte ein Umsatzwachstum verzeichnen. Mit 16,5 % fiel es sogar sehr kräftig aus.

Ungeachtet der widrigen Witterungsbedingungen befindet sich der ostdeutsche Bausektor seit Jahresbeginn jedoch in ausgesprochen guter Stimmung. Im Februar erreichte das ifo Geschäftsklima in diesem Bereich ein neues Allzeithoch. Seitdem ist es zwar in der Tendenz fallend; jedoch liegt es noch immer weit oberhalb seines langjährigen Mittels. Die Geschäftserwartungen der ostdeutschen Baufirmen sind weiterhin positiv. Unterstrichen wird diese Einschätzung von einer großen Einstellungsbereitschaft der Bauunternehmen. Im Juni 2013 wurden gegenüber dem Vorjahresmonat 7,6 % mehr Stellen zur Besetzung neu ausgeschrieben.

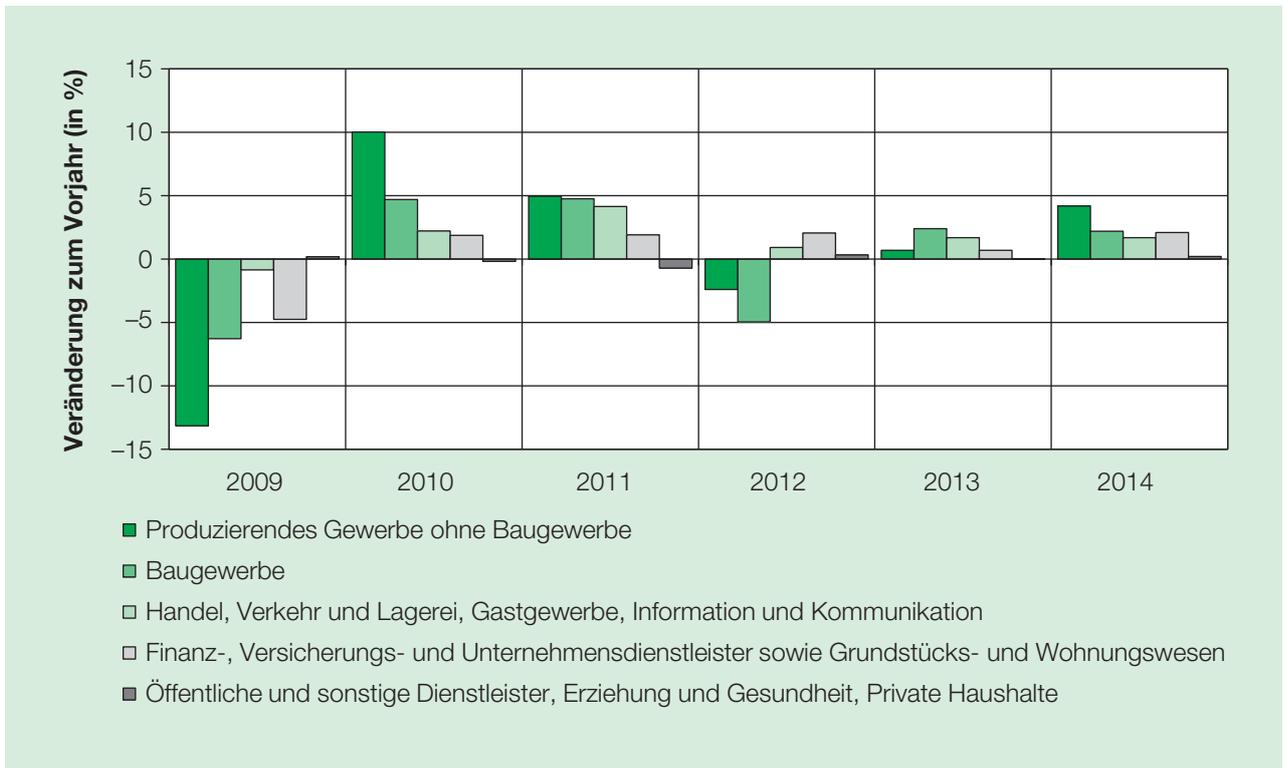
In der zweiten Hälfte des Jahres 2013 werden die Bauinvestitionen wahrscheinlich wieder ansteigen. Zunächst werden witterungsbedingte Baupausen aufgearbeitet und private Wiederaufbaumaßnahmen infolge des Hochwassers durchgeführt. Der Wohnungsbau wird im gesamten Prognosezeitraum von den anhaltend guten Finanzierungsbedingungen und der stabilen Arbeitsmarktlage profitieren. Insbesondere in attraktiven Großstädten wird die Nachfrage nach Wohnungen und Grundstücken weiter steigen. Gegenläufige Impulse sind von der demo-

Abbildung 4: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2013); 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2013); 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

graphischen Entwicklung zu erwarten, die in Ostdeutschland ungünstiger verläuft als in Westdeutschland. Mit zunehmend besseren Umsatzerwartungen und größerer Sicherheit der Unternehmen wird zudem der Wirtschaftsbau wieder an Fahrt gewinnen. Der öffentliche Bau Ostdeutschlands und Sachsens wird im Prognosezeitraum vor allem wegen der hochwasserbedingten Wiederaufbaumaßnahmen expandieren. Allerdings wird der Großteil dieser Baumaßnahmen wahrscheinlich erst im Jahr 2014 wertschöpfungswirksam, da zunächst Planungs- und Ausschreibungsverfahren durchlaufen werden müssen.

Insgesamt dürfte die reale Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe im Jahr 2013 um 2,1 % expandieren. In Sachsen wird der Anstieg wahrscheinlich noch größer sein (2,4 %). Hier spiegelt sich unter anderem die direkte Betroffenheit durch das Hochwasser wider. Im kommenden Jahr wird sich die Dynamik nur leicht abschwächen. Das IFO INSTITUT erwartet für das Baugewerbe Wachstumsraten von 1,9 % für Ostdeutschland und 2,2 % für Sachsen.

Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation: Stabiles Wachstum dank stabilem Arbeitsmarkt

Die konsumnahen Dienstleistungsbereiche haben die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in den Monaten Januar bis April 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum weiter ausgebaut. Erneut expandierte die Beschäftigung im Bereich „Information und Kommunikation“ am stärksten von allen Wirtschaftszweigen. Der Zuwachs belief sich auf 4,2 % in Ostdeutschland und 4,6 % in Sachsen. Der Anteil dieses Sektors an allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist aber nach wie vor gering. Im wesentlich bedeutenderen Bereich des Handels nahm die Beschäftigung mit 0,8 % bzw. 0,4 % dagegen vergleichsweise gering zu. Hier ist aber zu berücksichtigen, dass sich die Handelsumsätze ebenfalls nur schwach entwickelten. In Sachsen, wo der Einzelhandelsumsatz im ersten Quartal 2013 um 1,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gesunken war, hellten sich die Geschäftserwartungen allerdings jüngst wieder auf.

Im weiteren Prognosezeitraum wird die konjunkturelle Dynamik der konsumnahen Dienstleister wieder zunehmen. Einzelhandel und Gastgewerbe werden vom weiterhin robusten Binnenkonsum profitieren, der wiederum durch die stabile Arbeitsmarktlage und hohe Abschlüsse in den jüngsten Tarifrunden getragen wird. Die ostdeutschen Großhändler und Logistikunternehmen werden ihren Umsatz mit der zunehmenden Verstärkung der gesamtwirtschaftlichen Auftriebskräfte steigern können. Alles in allem dürfte die Bruttowertschöpfung im gesamten Aggregat

„Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ um jeweils 1,7 % in diesem und im nächsten Jahr steigen. Sachsen und Ostdeutschland werden sich in dieser Hinsicht gleich entwickeln.

Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen: Wachstum im Fahrwasser der Industrie

Bei den unternehmensnahen Dienstleistern war die schwache Industriekonjunktur zu Jahresbeginn erwartungsgemäß etwas deutlicher zu spüren als bei den konsumnahen Dienstleistern. Zwar konnten die Erbringer wirtschaftlicher Dienstleistungen in den ersten vier Monaten des Jahres 2013 ihre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung gegenüber dem Vorjahreszeitraum leicht ausweiten (1,0 % in Ostdeutschland und 0,4 % in Sachsen), jedoch wurde gleichzeitig insbesondere im Bereich der Arbeitnehmerüberlassung Beschäftigung abgebaut. Der Rückgang beläuft sich hier auf 7,3 % in Ostdeutschland und 10,2 % in Sachsen. Die Finanz- und Versicherungsdienstleister senkten die Beschäftigung in Sachsen um 2,0 %, in Ostdeutschland nur um 0,2 %.

Bis Jahresende wird die sich belebende Industriekonjunktur auch die Nachfrage nach unternehmensnahen Dienstleistungen und nach Finanzierungsdienstleistungen wieder anheizen. Allerdings fällt der Impuls für das laufende Jahr noch sehr gering aus. Erst 2014 ist mit deutlichen Steigerungen der Wirtschaftsleistung in diesen Bereichen zu rechnen. Die Dynamik des ostdeutschen Grundstücks- und Wohnungswesens wird im Prognosezeitraum von drei Entwicklungen geprägt sein: Dem verstärkten Zuzug in attraktive Großstädte, der zunehmenden Zahl von Single-Haushalten und der im Vergleich zu Westdeutschland ungünstigen demographischen Entwicklung. Diese drei Entwicklungen vollziehen sich regional unterschiedlich. Es steht aber zu erwarten, dass sich das Grundstücks- und Wohnungswesen Sachsens insgesamt etwas besser entwickelt als im ostdeutschen Durchschnitt. Das IFO INSTITUT prognostiziert für das gesamte Aggregat „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen“ einen Anstieg der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland um 0,6 % (2013) bzw. 2,0 % (2014). In Sachsen dürfte der Zuwachs sogar noch etwas kräftiger ausfallen (0,7 % bzw. 2,1 %).

Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Unterricht, Private Haushalte: Gemischte Entwicklung

Die übrigen Dienstleistungsbereiche entwickelten sich von Januar bis April 2013 gegenüber dem Vorjahres-

zeitraum recht unterschiedlich. Maßgeblich hierfür sind die finanzpolitischen Konsolidierungsbemühungen sowie die demographische Entwicklung. Im Bereich Erziehung und Unterricht schrumpfte die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung von Januar bis April 2013 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 0,6% in Ostdeutschland und um 1,4% in Sachsen. In der öffentlichen Verwaltung, der Verteidigung und der Sozialversicherung wurde die Beschäftigung in Ostdeutschland um 0,3% gesenkt, in Sachsen aber um 0,2% ausgeweitet. Dagegen expandierte die Beschäftigung im Gesundheits- und Sozialwesen erneut kräftig um 3,2% bzw. 3,4%. Im Durchschnitt der ersten vier Monate des laufenden Jahres waren damit im Gesundheits- und Sozialwesen nahezu ebenso viele Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt wie bei den wirtschaftlichen Dienstleistern.

Die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen werden auch in den kommenden anderthalb Jahren weiter

anhalten: Während von den fortgesetzten Konsolidierungsbemühungen der öffentlichen Haushalte dämpfende Impulse ausgehen, begünstigt die gute Arbeitsmarkt- und Einkommenssituation die Inanspruchnahme privater Dienstleistungen. Die demographische Entwicklung sowie die 2013 erfolgte Abschaffung der Praxisgebühr werden tendenziell die Nachfrage nach gesundheitsbezogenen Dienstleistungen weiter erhöhen. Insgesamt dürfte die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der übrigen Dienstleister um 0,1% im Jahr 2013 und um weitere 0,3% im Jahr 2014 in Ostdeutschland steigen. In Sachsen, wo die demographische Situation weniger angespannt ist, dürfte das Wertschöpfungswachstum des Gesundheitssektors etwas niedriger ausfallen als im ostdeutschen Mittel. Entsprechend wird die reale Bruttowertschöpfung im gesamten Aggregat zunächst stagnieren (vgl. Tab. 1) und im kommenden Jahr nur verhalten wachsen (0,2%).

Tabelle 1: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland (mit Berlin) und Sachsen

Veränderungen zum Vorjahr (in %) ^a	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,4	1,6	-0,3	0,5	1,8
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	0,6	0,7	1,7	-0,2	0,8	2,0
Bruttowertschöpfung Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	-1,0	0,4	3,5	-2,4	0,7	4,2
Bruttowertschöpfung Baugewerbe	-3,6	2,1	1,9	-4,9	2,4	2,2
Bruttowertschöpfung Handel, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	1,3	1,7	1,7	0,9	1,7	1,7
Bruttowertschöpfung Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister sowie Grundstücks- und Wohnungswesen	2,3	0,6	2,0	2,1	0,7	2,1
Bruttowertschöpfung Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit, Private Haushalte	0,5	0,1	0,3	0,3	0,0	0,2
Zahl der Erwerbstätigen	0,6	0,4	0,0	0,5	0,5	0,1

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2013), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder (2013a); 2013 und 2014: Prognose des ifo Instituts.

Literatur

- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2013a): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012, Reihe 1, Band 1, Berechnungsstand August 2012/Februar 2013, erschienen im März 2013.
- ARBEITSKREIS ERWERBSTÄTIGENRECHNUNG (ETR) DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2013b): Erwerbstätige in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 2008 bis 4. Vierteljahr 2012, Reihe 1, Band 3, Berechnungsstand Februar 2013, erschienen im März 2013.
- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2013): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland 1991 bis 2012, Reihe 1, Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2012/Februar 2013, erschienen im März 2013.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2012): Gemeldete Arbeitsstellen nach Wirtschaftszweigen, Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2013a): Beschäftigung nach Ländern in wirtschaftsfachlicher Gliederung (WZ 2008), Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2013b): Gemeldete Arbeitsstellen nach Wirtschaftszweigen, Reihe Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitsmarktstatistik, Nürnberg, verschiedene Ausgaben.
- NIERHAUS, W. (2013): Deutschlandprognose 2013/2014: Günstige Aussichten für die Wirtschaft. In: ifo Dresden berichtet 4/2013; S. 6–13.
- RAGNITZ, J. (2011): Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung: Implikationen der demographischen Entwicklung für den ostdeutschen Arbeitsmarkt. In: ifo Dresden berichtet 2/2011; S. 3–6.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2013a): Auftragseingang, Arbeitsstunden, baugewerblicher Umsatz im Bauhauptgewerbe (Betriebe mit 20 u. m. tätigen Personen): Bundesländer, Monate, Bauarten. Zeitreihen aus 44111–0007, Datenabruf bei Genesis Online am 09.07.2013.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2013b): Produzierendes Gewerbe – Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden April 2013, Fachserie 4 Reihe 4.1.1, erschienen im Juni 2013.
- THÜRINGER LANDESAMT FÜR STATISTIK (Hrsg.) (2013): Leichter Beschäftigungsrückgang in Thüringen auch im 1. Vierteljahr 2013, Pressemitteilung 134/2013 vom 18.06.2013, Erfurt.

Sektorale Prognosen und deren Machbarkeit auf regionaler Ebene – Das Beispiel Sachsen

Robert Lehmann und Klaus Wohlrabe*

Motivation

Das allgemeine öffentliche Interesse bei neu publizierten Konjunkturprognosen fällt zumeist auf die Entwicklung der Gesamtwirtschaft, gemessen am Bruttoinlandsprodukt. Speziell für politische Akteure oder Banken (bspw. für die zukünftige Kreditvergabe) sind nicht nur die gesamtwirtschaftlichen Perspektiven entscheidend, sondern vielmehr die konjunkturellen Aussichten in den einzelnen Sektoren einer Volkswirtschaft, z. B. im Verarbeitenden Gewerbe. Während eine Vielzahl von Studien für Deutschland insgesamt vorliegen, existiert bis dato keine Darstellung, die systematisch die Prognosegüte für einzelne Sektoren auf der regionalen Ebene analysiert. Der vorliegende Artikel schließt diese Lücke in der Literatur.¹ Im Ergebnis zeigt sich, dass insbesondere sektorspezifische Indikatoren wie der ifo Geschäftsklimaindex für das sächsische Verarbeitende Gewerbe das Prognoseergebnis signifikant gegenüber einfachen Methoden verbessern.

Daten

Für die Erstellung konjunktureller Prognosen sind unterjährig (bspw. für Quartale) zur Verfügung stehende Daten unerlässlich. Zum einen kann der Prognostiker damit die aktuelle Lage im Konjunkturzyklus bestimmen. Zum anderen erfordern zeitreihenanalytische Verfahren eine hinreichend große Anzahl an Datenpunkten. In der amtlichen Statistik Deutschlands liegen für die Bundesländer Angaben zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) bzw. zur Bruttowertschöpfung (BWS) nach einzelnen Wirtschaftszweigen lediglich in jährlicher Frequenz vor. Nur wenige Quellen bieten vierteljährliche Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) für regionale Einheiten an [vgl. BRAUTZSCH und LUDWIG (2002) für die ostdeutschen Flächenländer oder VULLHORST (2008) für Baden-Württemberg].

Den beiden Quellen ist gemeinsam, dass lediglich vierteljährliche Angaben zum BIP frei verfügbar sind. Im Gegensatz dazu bietet NIERHAUS (2007) für den Freistaat Sachsen zusätzlich BWS-Daten für die Gesamtwirtschaft sowie sechs Wirtschaftsbereiche an: (i) Land- und Forstwirtschaft, Fischerei; (ii) Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe; (iii) Baugewerbe; (iv) Handel, Gastgewerbe

und Verkehr; (v) Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister und (vi) Öffentliche und private Dienstleister.²

Die BWS-Angaben dieser sechs Wirtschaftsbereiche dienen im Folgenden jeweils als zu prognostizierende Variable. Methodisch liegt diesen Vierteljahresangaben das so genannte Verfahren zur temporalen Disaggregation nach CHOW und LIN (1971) zugrunde. Mit diesem Ansatz werden höherfrequente Reihen (bspw. Jahresdaten) mithilfe unterjähriger Indikatoren der amtlichen Statistik in niederfrequente Daten (Quartalsangaben) transformiert [vgl. hier und im Folgenden NIERHAUS (2007)]. Die Umwandlung erfolgt anhand einer stabilen Regressionsbeziehung zwischen Indikator und Referenzzeitreihe, die sowohl einer zeitlichen als auch einer Aggregationsrestriktion genügen muss. Zum einen muss der Durchschnitt der vier Quartale dem Jahreswert entsprechen (zeitliche Restriktion). Zum anderen ergibt die Summe der Wertschöpfung der einzelnen Wirtschaftsbereiche die gesamte Bruttowertschöpfung (Aggregatsrestriktion).

Der vorliegende Artikel betrachtet die Prognosegüte für die BWS-Angaben der sechs zuvor genannten Bereiche im Zeitraum 1996:Q1 bis 2010:Q4. Die vierteljährlichen Daten liegen preis- sowie saisonbereinigt³ vor. Zur Prognose der BWS dienen 319 verschiedene Indikatoren, zusammengefasst in sieben Kategorien:⁴

- **Makroökonomische Indikatoren (94):** In dieser Gruppe sind bspw. Angaben zur Industrieproduktion, zu Auftragseingängen oder Daten zum Außenhandel auf gesamtdeutscher Ebene enthalten.
- **Finanzdaten (31):** Diese Gruppe umfasst Zinssätze und Wechselkurse, erneut gemessen für Gesamtdeutschland.
- **Preise (12):** Die dritte Kategorie enthält deutsche Angaben zu Konsumenten- oder Produzentenpreisen sowie Im- und Exportpreisen.
- **Löhne (4)**
- **Daten aus Befragungen (74):** Diese Gruppe umfasst verschiedenste Befragungsergebnisse unterschiedlicher Institutionen für Deutschland. Neben der Konsumentenbefragung der GESELLSCHAFT FÜR KON-

* Robert Lehmann ist Doktorand der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts. Klaus Wohlrabe ist stellvertretender Leiter des Kompetenzzentrums Konjunktur und Befragung am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

SUMFORSCHUNG (GfK) sowie der Unternehmensbefragungen des IFO INSTITUTS und der EUROPÄISCHEN UNION sind auch Befragungen von Experten (z. B. die des ZENTRUMS FÜR EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG GMBH (ZEW) oder der Early Bird der COMMERZBANK AG) enthalten.

- **Internationale Indikatoren (32):** In dieser Kategorie finden sich eine Vielzahl an Indikatoren aus den vorhergehenden Gruppen, gemessen auf der internationalen Ebene. Neben der Industrieproduktion der USA sind ebenfalls Stimmungsindikatoren europäischer Staaten (Economic Sentiment Indicator für Frankreich, Italien etc.) und Vorlaufindikatoren der ORGANISATION FÜR WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT UND ENTWICKLUNG (OECD) enthalten.
- **Sachenspezifische Daten (72):** Die letzte Gruppe umfasst sowohl qualitative (Befragungsdaten des IFO INSTITUTS) als auch quantitative Indikatoren (Umsätze, Auftragseingänge) für den Freistaat Sachsen. Zudem liegen sektorspezifische Indikatoren vor.

Eine Vielzahl dieser Indikatoren sind auf monatlicher Basis vorhanden. Sofern noch nicht geschehen, wurden die Daten um saisonale Effekte bereinigt. Anschließend wurde ein Dreimonatsdurchschnitt für jedes Quartal gebildet. Um zeitreihenanalytische Verfahren anzuwenden, müssen die einzelnen Indikatoren sowie die BWS-Daten der so genannten schwachen Stationarität genügen. Eine Zeitreihe wird genau dann als schwach stationär bezeichnet, wenn deren Mittelwert über die Zeit konstant ist und die Kovarianz zwischen zwei Zeitpunkten nur von der Differenz der beiden Zeitpunkte abhängt (Kovarianzstationarität). Um diese Bedingungen zu gewährleisten, erfolgte im Falle der Nichtstationarität der Originalzeitreihe eine Transformation dieser. Dabei kamen entweder erste Differenzen oder Wachstumsraten zum Vorquartal zum Einsatz. In LEHMANN und WOHLRABE (2013) findet sich eine komplette Auflistung aller Transformationen.

Empirischer Ansatz

Die Fähigkeit der Indikatoren, die Zielvariable (hier: die Quartalswachstumsrate der jeweiligen BWS) zu prognostizieren, wird in der Literatur in so genannten Pseudo-Out-of-Sample-Wettbewerben („Horse Races“) untersucht. Bei diesen wird der vorliegende Datensatz geteilt in einen Schätz- und einen Prognosezeitraum. Der Prognostiker geht virtuell in der Zeit zurück und nutzt zum Zeitpunkt t nur die Informationen für die Berechnung der Prognosen, die zu diesem Zeitpunkt tatsächlich vorlagen. Es ist das Ziel, möglichst viele Prognosen für verschiedene Prognosehorizonte zu berechnen, um auf

Basis des durchschnittlichen quadratischen Prognosefehlers die Qualität eines Indikators zu beurteilen. Diese wird dann meist in Relation zu einem Benchmark-Modell gesetzt, meist ein autoregressives Modell. ROBINZONOV und WOHLRABE (2010) haben gezeigt, dass je nach Prognoserahmen diese Evaluierung sehr unterschiedlich ausfallen kann. Deshalb lehnen wir uns an die Standardverfahren in der neueren Literatur an. Als Prognosemodell verwenden wir ein Autoregressive Distributed Lag Model (ADL):

$$y_{t+h} = \alpha + \sum_{i=1}^p \beta_i y_{t+1-i} + \sum_{j=1}^q \gamma_j y_{t+1-j} + \epsilon_t$$

d. h. die Quartalswachstumsrate der Referenzreihe y wird durch eigene Verzögerungen und verzögerte Werte des Indikators x erklärt. Wir lassen maximal 4 Lags (ein Jahr) zu, sowohl für die Referenzreihe als auch den Indikator ($p = q = 4$). Die optimale Laganzahl wird über das BIC-Kriterium ermittelt. Die Prognosen werden direkt berechnet, d. h. die Regression wird je nach Prognosehorizont angepasst. Daraus folgt, dass die Prognose berechnet werden kann, ohne dass die Werte dazwischen prognostiziert werden müssen. Dies ist insbesondere vorteilhaft, da wir nicht die Indikatoren für den Prognosezeitraum separat prognostizieren müssen, was eine weitere Quelle für Prognosefehler sein könnte.

Die erste Schätzperiode ist mit 1996:Q1 bis 2002:Q4 (28 Beobachtungen) gegeben. Darauf aufbauend werden Prognosen von einem bis vier Quartale (h) berechnet. Anschließend werden die Schätzperiode um eine Beobachtung erhöht, das Modell neu spezifiziert und anschließend neue Prognosen berechnet. Dies wird bis zum Ende des Beobachtungszeitraums fortgesetzt. Am Ende liegen für jeden Prognosehorizont 32 Prognosen vor.

Angesichts der vielen Prognosen zu jedem Zeitpunkt, stellt sich die Frage, ob eine Kombination der verschiedenen Prognosen deren Qualität noch verbessern könnte. In der Literatur wurde gezeigt, dass einfache Kombinationsansätze den Einzelmodellen oft überlegen sind [vgl. STOCK und WATSON (2006) oder TIMMERMANN (2006)]. Auf der regionalen Ebene konnten LEHMANN und WOHLRABE (2012) die Güte von Kombinationsansätzen für das BIP nachweisen. In diesem Aufsatz wird sich auf einfach verwendbare Ansätze zur Prognosekombination konzentriert. Die zwei einfachsten und in der Literatur oft die besten Ansätze sind zum einen der einfache Mittelwert der Prognosen der einzelnen Modelle und die Medianprognose. Darüber hinaus können zwei weitere Kategorien unterschieden werden: Zum einen Ansätze, die auf der Anpassungsgüte des Modells („In-Sample-Measures“) abstellen, und zum anderen Modelle, die die Prognosequalität in der Vergangenheit zu Grunde legen

(„Out-of-Sample-Measures“). Im Rahmen des ersten Ansatzes werden jeweils die Anpassungsgüte (R^2) und die Selektionskriterien AIC und BIC verwendet. Je höher die Güte der Modelle, desto höher das individuelle Gewicht. In der zweiten Kategorie werden der gestutzte Mittelwert („trimmed mean“) und die inversen quadrierten Prognosefehler verwendet. Im ersten Fall werden jeweils 25 %, 50 % oder 75 % der Prognosen mit höheren Prognosefehlern der Vorperiode weggelassen. Über die verbleibenden Prognosen wird der Mittelwert gebildet. Im zweiten Fall werden die Prognosen der einzelnen Modelle gemäß ihrem Prognosefehler in der Vergangenheit gewichtet, d. h. eine gute Prognosequalität impliziert ein höheres Gewicht. Für weitere Details sei auf LEHMANN und WOHLRABE (2013) verwiesen.

Die Evaluierung der Prognosequalität erfolgt durch den mittleren quadratischen Prognosefehler. Ziel der Prognosemodelle ist es, das Benchmark-Modell, den autoregressiven Prozess, in der Prognosegenauigkeit zu übertreffen. In folgendem Abschnitt wird deshalb der relative mittlere quadratische Prognosefehler ($rMSFE$) dargestellt:

$$rMSFE = \frac{MSFE_i}{MSFE_{AR}}$$

wobei $MSFE_i$ und $MSFE_{AR}$ jeweils den mittleren quadratischen Prognosefehler von Modell i und dem Benchmark-Modell darstellen. Ein Wert kleiner als 1 bedeutet, dass Modell i durchschnittlich eine bessere Prognosequalität besitzt und vice versa. Um festzustellen, ob die Verbesserung der Prognosegüte auch statistisch signifikant ist, wird eine modifizierte Variante des Diebold-Mariano-Tests (MDM) verwendet [vgl. LEHMANN und WOHLRABE (2013)].

Ergebnisse

Nachfolgend sind die Ergebnisse für jeden der sechs Wirtschaftsbereiche separat aufgeführt. Die Tabellen 1 bis 6 enthalten jeweils die drei besten Indikatoren bzw. Kombinationsansätze für jeden einzelnen Prognosehorizont. Der Aufbau aller Tabellen ist dabei einheitlich. Zunächst sind die Tabellen in vier Quadranten (einer für jeden Prognosehorizont) unterteilt. Für jeden einzelnen Prognosehorizont präsentiert die erste Spalte die Indikatoren bzw. Kombinationsansätze. Die jeweils zweite Spalte beinhaltet den relativen mittleren quadratischen Prognosefehler ($rMSFE$). In der dritten Spalte (MDM) wird aufgezeigt, ob der jeweilige Indikator oder Kombinationsansatz signifikant geringere Prognosefehler generiert als das autoregressive Modell. Weitere Abkürzungen und Anmerkungen sind am Ende der Tabellen abgetragen.

Für alle Wirtschaftsbereiche lässt sich allgemein festhalten, dass Prognosekombinationen sowie indikatorgestützte Vorhersagen signifikant geringere Prognosefehler generieren als der Benchmark. Diese Aussage gilt für jeden Prognosehorizont. Dennoch zeigen sich erhebliche Unterschiede für die einzelnen Wirtschaftsbereiche, die im Folgenden diskutiert werden.

Land- und Forstwirtschaft; Fischerei

Für den Bereich Land- und Forstwirtschaft, Fischerei ist die Verbesserung der Prognosequalität gegenüber dem Benchmark-Modell gering (vgl. Tab. 1). Zwei wesentliche Gründe kommen für dieses Ergebnis in Frage. Erstens stehen für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei kaum Indikatoren zur Verfügung. Zweitens ist es möglich, dass der autoregressive Prozess bereits sehr gute Prognosen generiert. Dadurch ist der Beitrag eines zusätzlichen Indikators begrenzt. Dennoch beobachten wir relative Prognosefehler kleiner Eins, sodass durchaus geringfügige Verbesserungen möglich sind. Die besten Ergebnisse liefern Kombinationsansätze wie der gestutzte Mittelwert sowie die Verwendung von MSFE Gewichten.

Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe

Eine Verringerung des Prognosefehlers im industriellen Sektor wird in der kurzen Frist vor allem durch regionale und nationale Indikatoren erreicht (vgl. Tab. 2). Internationale Indikatoren – hier nicht ausgewiesen – erhöhen die Treffsicherheit vor allem bei längeren Prognosehorizonten. Kombinationsansätze verbessern die Treffsicherheit signifikant auch im Bereich Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe. Sehr gute Prognosesignale kommen von regionalen Befragungsergebnissen (z. B. ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe Sachsens, $rMSFE$: 0,721). Außerdem spielen makroökonomische Größen auf deutscher Ebene eine Rolle. Beispielsweise verbessern die inländischen Auftragseingänge deutscher Vorleistungsgüterproduzenten das Prognoseergebnis. Dies ist nicht verwunderlich, da die ostdeutschen Bundesländer einen großen Teil ihrer Umsätze in der Gruppe der Vorleistungsgüter erzielen.

Baugewerbe

Für den Bausektor sind insbesondere regionale und nationale Indikatoren entscheidend. Internationale Daten spielen keine Rolle. Dieses Ergebnis ist ebenfalls nicht verwunderlich. Baufirmen operieren in aller Regel auf

Tabelle 1: Ergebnisse für die Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Abhängige Variable: Wachstumsrate zum Vorquartal der realen BWS – Land- und Forstwirtschaft, Fischerei					
Prognosehorizont: 1 Quartal			Prognosehorizont: 2 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
Trimmed 25% (al)	0,979		MSFE Gewichte (al)	0,908	
Lohnsteuereinnahmen	0,982		ifo Geschäftsklima für den Wohnungsbau Sachsens	0,936	
Umsätze im gewerblichen Bau Sachsens	0,986	*	Trimmed 25% (al)	0,943	*
Prognosehorizont: 3 Quartale			Prognosehorizont: 4 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
Anzahl der Arbeitstage in Deutschland	0,976		ifo Geschäftserwartungen der Gebrauchsgüterhersteller Deutschlands	0,918	
ifo Geschäftsklima für das Bauhauptgewerbe Sachsens	0,976		Trimmed 25% (al)	0,946	
ifo Geschäftsklima für den Wohnungsbau Sachsens	0,986		MSFE Gewichte (al)	0,961	
Anmerkung: Die Tabelle zeigt die jeweils drei besten Indikatoren bzw. Kombinationsansätze, geordnet nach dem relativen Prognosefehler (rMSFE). MDM präsentiert die Ergebnisse des modifizierten Diebold-Mariano-Tests. al steht als Abkürzung für alle Indikatoren und sl für sächsische Indikatoren.					
***, **, * bedeuten signifikant zum 1%-, 5%- oder 10%-Niveau.					

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

heimischen Märkten, und hier zumeist regional begrenzt. Tabelle 3 zeigt die drei besten Indikatoren bzw. Kombinationsansätze zur Vorhersage der realen BWS im sächsischen Baugewerbe.

Wie bereits für die Industrie festgehalten, erhöhen Unternehmensbefragungen auf der regionalen Ebene die Treffsicherheit. Die ifo Geschäftslage für das sächsische Bauhauptgewerbe ist ein Beispiel für eine signifikante Verbesserung (rMSFE: 0,751). Darüber hinaus erzielt sowohl das Geschäftsklima im sächsischen Hoch- als auch Tiefbau bessere Prognoseergebnisse. Aufgrund der sechs Bereiche werden diese Ergebnisse hier nicht explizit ausgewiesen.

Handel, Gastgewerbe und Verkehr

Auch im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr sind es regionale und nationale Indikatoren, welche die Treffsicherheit erhöhen. Maßgeblich hierfür ist die regionale Orientierung dieses Wirtschaftszweiges. Der Großteil der BWS in diesem Dienstleistungsbereich ist abhängig von der regionalen Nachfrage bzw. Kaufkraft (z. B. Gastgewer-

be oder Tourismus). Eine signifikante Prognoseverbesserung wird durch Ergebnisse bei Konsumentenbefragungen erreicht. Daneben spielen auch makroökonomische Variablen, wie die ausländischen Auftragseingänge des deutschen Fahrzeugbaus, eine entscheidende Rolle (vgl. Tab. 4).

Die sächsische Industrie ist maßgeblich durch einen hohen Umsatzanteil im Fahrzeugbau gekennzeichnet. Der Transportsektor sowie der Großhandel gelten traditionell als konjunkturell nachlaufende Sektoren. Daher ist die Bedeutung industrieller Indikatoren (Auftragseingänge sowie Befragungsergebnisse) für den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr nicht verwunderlich.

Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister

Im Vergleich mit den anderen Sektoren weist der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister die relativ besten Prognoseverbesserungen auf. Kombinationsansätze erhöhen die Treffsicherheit des autoregressiven Benchmarks um mehr als 60 % (vgl. Tab. 5).

Tabelle 2: Ergebnisse für das Produzierende Gewerbe ohne Baugewerbe

Abhängige Variable: Wachstumsrate zum Vorquartal der realen BWS – Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe					
Prognosehorizont: 1 Quartal			Prognosehorizont: 2 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
Trimmed 25% (al)	0,720	**	Großhandelsumsätze chemischer Erzeugnisse (Deutschland)	0,710	*
ifo Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe Sachsens	0,721		Trimmed 25% (al)	0,777	**
ifo Geschäftsklima für die Investitionsgüterhersteller Sachsens	0,724		Inländische Auftragseingänge deutscher Vorleistungsgüterproduzenten	0,790	*
Prognosehorizont: 3 Quartale			Prognosehorizont: 4 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
Industrieproduktion deutscher Konsumgüterhersteller	0,827		ifo Bestellerwartungen des deutschen Einzelhandels	0,789	*
Trimmed 25% (al)	0,827	**	MSFE Gewichte (al)	0,833	***
Trimmed 25% (sl)	0,840	**	Trimmed 25% (al)	0,844	*
Anmerkung: Für weiterführende Erläuterungen siehe Tabelle 1.					
***, **, * bedeuten signifikant zum 1%-, 5%- oder 10%-Niveau.					

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 3: Ergebnisse für das Baugewerbe

Abhängige Variable: Wachstumsrate zum Vorquartal der realen BWS – Baugewerbe					
Prognosehorizont: 1 Quartal			Prognosehorizont: 2 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
ifo Beschäftigungserwartungen für das Bauhauptgewerbe Sachsens	0,712		MSFE Gewichte (al)	0,826	***
ifo Geschäftslage für das Bauhauptgewerbe Sachsens	0,751	*	Trimmed 25% (al)	0,847	***
ifo Geschäftsklima für den Wohnungsbau Sachsens	0,789		ifo Geschäftserwartungen für das Ernährungsgewerbe Sachsens	0,860	**
Prognosehorizont: 3 Quartale			Prognosehorizont: 4 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
MSFE Gewichte (al)	0,797	***	MSFE Gewichte (al)	0,865	**
Trimmed 25% (al)	0,860	***	Trimmed 25% (al)	0,888	*
Trimmed 25% (sl)	0,895	***	Großhandelsumsätze im Bereich Benzin, Gas etc. (Deutschland)	0,900	
Anmerkung: Für weiterführende Erläuterungen siehe Tabelle 1.					
***, **, * bedeuten signifikant zum 1%-, 5%- oder 10%-Niveau.					

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 4: Ergebnisse für den Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr

Abhängige Variable: Wachstumsrate zum Vorquartal der realen BWS – Handel, Gastgewerbe und Verkehr					
Prognosehorizont: 1 Quartal			Prognosehorizont: 2 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
Ausländische Auftragseingänge im Fahrzeugbau (Deutschland)	0,897		MSFE Gewichte (al)	0,775	**
MSFE Gewichte (al)	0,901	***	Trimmed 25% (al)	0,868	***
Trimmed 25% (al)	0,903	***	ifo Geschäftsklima für den Fahrzeugbau Sachsens	0,894	
Prognosehorizont: 3 Quartale			Prognosehorizont: 4 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
MSFE Gewichte (al)	0,851	***	Arbeitsstunden im öffentlichen Bau Sachsens	0,794	*
Trimmed 25% (al)	0,855	**	MSFE Gewichte (al)	0,843	***
Economic Sentiment Indicator für den deutschen Dienstleistungssektor	0,868		Trimmed 25% (al)	0,893	***
Anmerkung: Für weiterführende Erläuterungen siehe Tabelle 1.					
***, **, * bedeuten signifikant zum 1%-, 5%- oder 10%-Niveau.					

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 5: Ergebnisse für den Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister

Abhängige Variable: Wachstumsrate zum Vorquartal der realen BWS – Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister					
Prognosehorizont: 1 Quartal			Prognosehorizont: 2 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
MSFE Gewichte (al)	0,434	**	MSFE Gewichte (al)	0,372	**
Trimmed 25% (al)	0,681	**	Trimmed 25% (al)	0,719	*
Dow Jones EUROSTOXX Index	0,717	**	Trimmed 25% (sl)	0,753	*
Prognosehorizont: 3 Quartale			Prognosehorizont: 4 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
MSFE Gewichte (al)	0,423	**	MSFE Gewichte (al)	0,348	**
Sparerwartungen der Konsumenten über die nächsten 12 Monate (Deutschland)	0,720		Trimmed 25% (al)	0,707	
Trimmed 25% (al)	0,744		Trimmed 25% (sl)	0,740	
Anmerkung: Für weiterführende Erläuterungen siehe Tabelle 1.					
***, **, * bedeuten signifikant zum 1%-, 5%- oder 10%-Niveau.					

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Zudem ist der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister derjenige Sektor, in dem internationale und nationale Indikatoren die besten Ergebnisse erzielen. Dafür sind zwei Gründe maßgebend. Erstens enthält dieser Bereich jegliche Formen von Kreditinstituten, welche maßgeblich von der Entscheidung der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK oder der DEUTSCHEN BUNDESBANK abhängig sind. Zweitens fehlt es aber an geeigneten regionalen Indikatoren, welche wohlmöglich den Prognosefehler verringern könnten.

Daneben sind Konsumentenbefragungen wichtig für die Vorhersage der BWS in diesem Bereich. Die Sparerwartung der privaten Haushalte ist dabei ein treffsicherer Indikator. Ein Grund hierfür ist die Geschäftsausrichtung von regional ansässigen Kreditinstituten wie bspw. Sparkassen. Dem SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG (SVR) zufolge, vergeben diese Kreditinstitute einen Großteil ihrer Kredite an private Personen [vgl. SVR (2008)].

Öffentliche und private Dienstleister

Der letzte zu betrachtende Bereich der öffentlichen und privaten Dienstleister kennzeichnet sich dadurch, dass lediglich Kombinationsansätze das Prognoseergebnis signifikant gegenüber dem Benchmark verbessern (vgl. Tab. 6). Dies liegt zum einen daran, dass keine Vorlaufin-

dikatoren für diesen Sektor zur Verfügung stehen. Lediglich Konsumentenbefragungen, die hier nicht gezeigt sind, verringern den Prognosefehler des autoregressiven Prozesses. Ein möglicher Grund hierfür ist die Zusammensetzung des Bereichs Öffentliche und private Dienstleister. Neben der öffentlichen Verwaltung sind auch Sportvereine, Erziehung und Unterricht sowie die Kultur in diesen Sektor integriert. Die Nachfrage nach diesen Gütern wird mehrheitlich durch private Haushalte generiert.

Fazit

Im Ergebnis zeigen sich durch indikatorgestützte Prognosen oder Kombinationsansätze signifikante Verbesserungen der Treffsicherheit. Dieses Ergebnis gilt sowohl für alle Sektoren als auch alle Prognosehorizonte. Insbesondere das sehr gute Abschneiden der Kombinationsansätze ist bemerkenswert.

Weiterhin bestehen zwischen den Sektoren erhebliche Unterschiede bei der Erhöhung der Treffsicherheit gegenüber dem Benchmark-Modell. Dabei variiert die Verbesserung zwischen knapp 10% bei der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und mehr als 60% im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister.

Der Artikel hat außerdem gezeigt, dass, sofern regionale Indikatoren zur Verfügung stehen, deren Informationen für die Prognose auch genutzt werden sollten.

Tabelle 6: Ergebnisse für den Bereich Öffentliche und private Dienstleister

Abhängige Variable: Wachstumsrate zum Vorquartal der realen BWS – Öffentliche und private Dienstleister					
Prognosehorizont: 1 Quartal			Prognosehorizont: 2 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
Trimmed 25% (al)	0,918	***	MSFE Gewichte (al)	0,635	***
Trimmed 25% (al)	0,922	***	Trimmed 25% (al)	0,776	***
MSFE Gewichte (al)	0,922		Trimmed 25% (sl)	0,788	***
Prognosehorizont: 3 Quartale			Prognosehorizont: 4 Quartale		
Indikator	rMSFE	MDM	Indikator	rMSFE	MDM
MSFE Gewichte (al)	0,453	***	MSFE Gewichte (al)	0,433	***
Trimmed 25% (al)	0,682	***	Trimmed 25% (al)	0,721	***
Trimmed 25% (al)	0,689	***	Trimmed 25% (sl)	0,727	***
Anmerkung: Für weiterführende Erläuterungen siehe Tabelle 1.					
***, **, * bedeuten signifikant zum 1%-, 5%- oder 10%-Niveau.					

Quelle: Berechnungen des ifo Instituts.

Mit sektorspezifischen Vorhersagen kann die zukünftige Wirtschaftsentwicklung auf regionaler Ebene auf eine breitere Basis gestellt werden. Insbesondere die Treiber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung können identifiziert werden, wodurch eine bessere Konjunkturprognose möglich ist. Das IFO INSTITUT wird daher diese Ansätze in seinen künftigen Konjunkturprognosen stärker verfolgen als bislang.

Neben der reinen Untersuchung sektoraler Prognosen hat der Artikel aber vor allem deutlich gemacht, dass die Konjunkturanalyse und -prognose auf der regionalen Ebene eine bessere Datenbasis erfordert. Insbesondere wäre es spannend zu untersuchen, ob die verwendeten Methoden und die gefundenen Ergebnisse für den Freistaat Sachsen auch auf andere Bundesländer übertragbar sind.

Literatur

- BRAUTZSCH, H. U. und U. LUDWIG (2002): Vierteljährliche Entstehungsrechnung des Bruttoinlandsprodukts für Ostdeutschland: Sektorale Bruttowertschöpfung. IWH Discussion Papers No. 164.
- CHOW, G. C. und A. LIN (1971): Best linear unbiased interpolation, distribution and exploration of time series by related series. In: *The Review of Economics and Statistics*, 53 (4); S. 372–375.
- LEHMANN, R. und K. WOHLRABE (2012): Forecasting GDP at the regional level with many predictors. CESifo Working Paper No. 3956.
- LEHMANN, R. und K. WOHLRABE (2013): Sectoral gross value-added forecasts at the regional level: Is there any information gain? MPRA Paper No. 46765.
- NIERHAUS, W. (2007): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation. In: ifo Dresden berichtet Heft 4/2007; S. 24–36.
- NIERHAUS, W. (2013): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen: Aktuelle Ergebnisse nach der neuen Wirtschaftszweigklassifikation WZ 2008. In: ifo Dresden berichtet Heft 3/2013; S. 21–25.
- ROBINZONOV, N. und K. WOHLRABE (2010): Freedom of Choice in Macroeconomic Forecasting. In: *CESifo Economic Studies*, 56 (2); S. 192–220.
- SACHVERSTÄNDIGENRAT ZUR BEGUTACHTUNG DER GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN SITUATION (SVR) (Hrsg.) (2008): Das deutsche Finanzsystem: Effizienz steigern – Stabilität erhöhen. Expertise im Auftrag der Bundesregierung, Juni 2008, Wiesbaden.
- STOCK, J. und M. WATSON (2006): Forecasting with many Predictors. In: Elliott, G., Granger, C. W. J. und A. Timmermann (Hrsg.): *Handbook of Economic Forecasting*, 1 (10), Elsevier, S. 515–554.
- TIMMERMANN, A. (2006): Forecast Combinations. In: Elliott, G., Granger, C. W. J. und A. Timmermann (Hrsg.): *Handbook of Economic Forecasting*, 1 (4), Elsevier, S. 135–196.
- VULLHORST, U. (2008): Zur indikatorgestützten Berechnung des vierteljährlichen Bruttoinlandsprodukts für Baden-Württemberg. In: *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 9/2008; S. 32–35.

¹ Der vorliegende Artikel präsentiert einen Teil der Ergebnisse aus dem Aufsatz von LEHMANN und WOHLRABE (2013).

² Dabei handelt es sich um Angaben zur Bruttowertschöpfung nach alter Wirtschaftszweigklassifikation, Ausgabe 2003 (WZ03). NIERHAUS (2013) hat bereits eine Umstellung auf die neue Wirtschaftszweigklassifikation, Ausgabe 2008 (WZ08) vorgenommen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Aufsatzes von LEHMANN und WOHLRABE (2013) lagen diese Daten aber noch nicht vor.

³ Um die Konsistenz zur amtlichen Statistik in Deutschland zu gewährleisten, wird das Verfahren Census X-12-ARIMA verwendet.

⁴ Eine komplette Auflistung aller Indikatoren findet sich in LEHMANN und WOHLRABE (2013).

Der Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung im demographischen Wandel – Die Babyboomer gehen in Rente

Wolfgang Nagl und Lars Vandrei*

Einführung

Mit dem baldigen Eintritt der Babyboomer-Generation in die Rente verschärft sich die Finanzierungssituation der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) drastisch.¹ Immer weniger Beitragszahler müssen zukünftig für immer mehr Rentner aufkommen, sodass der Beitragssatz zur GRV bis 2040 deutlich steigen wird. Neben den Beitragszahlern sind aber auch die Rentner durch eine Absenkung des Rentenniveaus vom demographischen Wandel betroffen.

Zu Beginn des Jahres 2013 war der Beitragssatz noch von 19,6% auf 18,9% gesenkt worden; aktuell wird eine weitere Verringerung bis auf 18,4% ab dem Jahr 2014 diskutiert. Die Absenkung der Beitragssätze ist jedoch nur möglich, da aktuell so viele Menschen in sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen arbeiten wie noch nie.² Dieser Anstieg wird sich jedoch bei einer zukünftig schrumpfenden Erwerbsbevölkerung nicht fortsetzen.

Im folgenden Beitrag wird in einer Simulationsrechnung die voraussichtliche Entwicklung des Beitragssatzes bis ins Jahr 2040 aufgezeigt. Dabei soll vor allem der Effekt des demographischen Wandels isoliert werden. Dies geschieht aus zwei Gründen. Zum einen ist die demographische Entwicklung mit hoher Treffsicherheit prognostizierbar, während dies bei anderen Einflussfaktoren wie z. B. der Erwerbsbeteiligung und dem Lohnwachstum nur mit deutlich größerer Unsicherheit möglich ist. Zum anderen ist bei gegebenem Lohnwachstum die demographische Entwicklung langfristig die bedeutendste Komponente der Beitragssatzentwicklung. Eine Veränderung der Erwerbsbeteiligung hätte dagegen nur kurz- bzw. mittelfristige Effekte, da mit der Erwerbsbeteiligung langfristig auch die Rentenansprüche steigen.

Die Ergebnisse der Simulationsrechnung werden mit den Studien von WERDING (2013) und HOLTHAUSEN et al. (2012) verglichen. In allen drei Modellen wird der Beitragssatz bis 2040 sukzessive auf einen Wert zwischen 23,7% und 24,8% ansteigen.

Methodisches Vorgehen

Die Simulation berücksichtigt detailliert die geltende Gesetzeslage und isoliert die Auswirkungen des demographischen Wandels auf den Beitragssatz. Ob und in welchem Umfang der Beitragssatz in einem Jahr angepasst wird, hängt von den Einnahmen und Ausgaben der GRV sowie der vorhandenen Nachhaltigkeitsrücklage ab. So wird der Beitragssatz erhöht (gesenkt), wenn die Nachhaltigkeitsrücklage bei den voraussichtlichen Einnahmen und Ausgaben zu gering (hoch) wäre.³

Die Einnahmen und Ausgaben hängen wiederum von der Anzahl der Beitragszahler bzw. der Rentner ab. Diese leisten jedoch unterschiedlich hohe Beiträge bzw. empfangen verschieden hohe Rentenzahlungen. Eine vollständige Prognose der künftigen Beitragssatzentwicklung müsste insoweit Strukturveränderungen bei den Beitragszahlern bzw. bei den Rentnern berücksichtigen, was jedoch ohne zusätzliche Annahmen nicht möglich ist. Um ein handhabbares Modell zu erreichen, werden die Einnahmen und Ausgaben hier deshalb über die Rechengrößen der Äquivalenzbeitragszahler sowie Äquivalenzrentner dargestellt, was konstante Strukturdaten impliziert.⁴ Da es hier nur um die Ableitung der Konsequenzen des demographischen Wandels geht, scheint diese Vorgehensweise jedoch gerechtfertigt.

Auf der Ausgabenseite stehen die geleisteten Rentenzahlungen. Diese ergeben sich aus der Anzahl der Äquivalenzrentner und dem aktuellen Rentenwert. Die Anzahl der Äquivalenzrentner wird anhand der Wachstumsrate der Bevölkerung im Rentenalter fortgeschrieben. Der aktuelle Rentenwert wird gemäß der Rentenanpassungsformel (SGB VI §68) simuliert. Um die weiteren Ausgaben der Rentenversicherung zu erfassen, werden die Rentenzahlungen um einen Restfaktor erweitert.⁵ Der Abgleich mit historischen Werten zeigt, dass sich die Ausgabenentwicklung auf diese Weise gut abbilden lässt.

Auf der Einnahmeseite stehen hauptsächlich die geleisteten Beitragszahlungen. Diese bestimmen sich durch die Äquivalenzbeitragszahler und das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt. Die Anzahl der Äquivalenzbeitragszahler wird anhand der Wachstumsraten der Erwerbstätigen fortgeschrieben. Bei konstanter Erwerbsbeteiligungsquote entspricht die Wachstumsrate der

* Wolfgang Nagl und Lars Vandrei sind Doktoranden der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Erwerbstätigen jener der Erwerbspersonen insgesamt. Durch dieses Vorgehen wird die Entwicklung der nicht sozialversicherungspflichtig Beschäftigten vernachlässigt, aber auch hier wird die tatsächliche Entwicklung gut abgebildet. Für das hier zugrunde liegende Bruttoarbeitsentgelt wird ein nominales Wachstum von 2 % angenommen. Weiterhin zählen noch Bundeszuschüsse sowie einige kleinere Posten zu den Einnahmen. Letztere fließen auch hier in Form eines Restfaktors ein.⁶

Da die Simulation primär den Effekt des demographischen Wandels zeigen will, werden die Erwerbstätigenquoten ab 2013 konstant gehalten. Zur Umsetzung der sukzessiven Heraufsetzung der Regelaltersgrenze auf 67 Jahre wird ab 2012 ein größer werdender Anteil der 66- und schließlich auch der 67-Jährigen zu den Erwerbstätigen hinzugezählt. Dabei wird für diese Jahrgänge die Erwerbsquote der 60- bis 64-Jährigen angenommen.

Die demographische Entwicklung wird mit Hilfe der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung Variante 1W1 [STATISTISCHES BUNDESAMT (2010)] abgebildet. Insofern wird eine Geburtenhäufigkeit von 1,4 Kindern pro Frau sowie ein positiver Wanderungssaldo von 100.000 Personen pro Jahr unterstellt. Die Lebenserwartung steigt in dieser Variante bis zum Jahr 2060 sukzessive auf 85,0 Jahre für neugeborene Jungen bzw. 89,2 Jahre für Mädchen.

Ergebnisse

Nach den Ergebnissen der Simulationsrechnungen wird der Beitragssatz zur GRV von derzeit knapp 19 % bis 2040 auf fast 25 % steigen. Dieser hohe Satz wird notwendig, da bis 2040 die Zahl der Erwerbstätigen kontinuierlich zurückgeht, während die Zahl der Rentner ansteigt. Aktuell stellt sich die Beitragssatzsituation noch relativ günstig dar. Dies liegt zum einen an der sehr guten Beschäftigungssituation und zum anderen daran, dass die Anzahl der Rentner noch relativ langsam ansteigt. Wenn die Babyboomer das Rentenalter erreichen, wird die Erwerbsbevölkerung allerdings merklich schrumpfen, während die Anzahl der Rentner deutlich steigt. Diese Entwicklung wird ab 2020 relevant.

Die Beitragssatzschätzung basiert auf sehr konservativen Annahmen. Insbesondere betrifft dies die als konstant angenommene Erwerbsbeteiligung der einzelnen Kohorten. Realistischerweise ist jedoch davon auszugehen, dass sich im Zuge einer immer höheren Lebenserwartung und der schrittweisen Umsetzung der Rente mit 67 die Erwerbstätigkeit der älteren Kohorten im erwerbsfähigen Alter merklich erhöhen wird. Schon in den letzten Jahren ist ein deutlicher Anstieg der Erwerbstätigkeit in diesen Altersgruppen zu beobachten. Bei den

Männern zeigt sich dieser insbesondere bei den Kohorten der 55- bis 60- sowie der 60- bis 65-Jährigen.⁷ In den vergangenen Jahren ist zudem die Erwerbsbeteiligung der Frauen in allen Altersklassen angestiegen [STATISTISCHES BUNDESAMT (2013)]. Dabei fallen – analog zu den Männern – die Zuwächse in der Erwerbstätigkeit bei den Kohorten der 55- bis 60-jährigen sowie der 60- bis 65-jährigen Frauen besonders stark aus.⁸

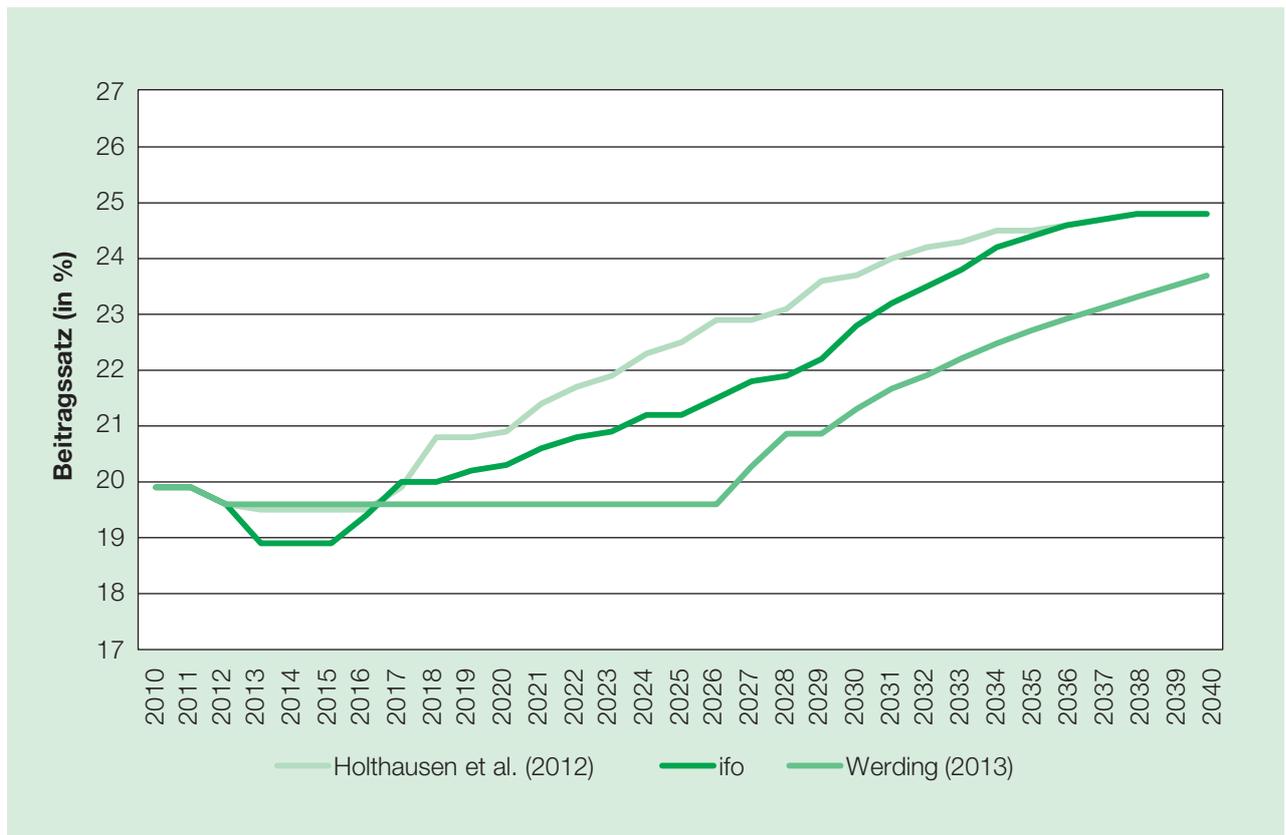
Abbildung 1 zeigt die Beitragssatzentwicklung in der ifo-Modellrechnung im Vergleich zu HOLTHAUSEN et al. (2012) und WERDING (2013).⁹ Der Verlauf und auch das Ergebnis sind bei dem ifo-Modell und dem Modell von HOLTHAUSEN et al. (2012) sehr ähnlich. Deutlich abweichend ist hingegen zumindest im Verlauf die Prognose des Beitragssatzes bei WERDING (2013). Die wichtigsten Unterschiede zwischen den einzelnen Prognosen liegen dabei in den Annahmen bezüglich der Demographie sowie der Erwerbsbeteiligung. Wie bereits dargelegt, stellt die ifo-Modellrechnung eine Status-quo-Berechnung dar, die ein unverändertes Erwerbsverhalten der Bevölkerung abbildet.

Bei HOLTHAUSEN et al. (2012) steigt der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung an allen Beschäftigten temporär an, wird aber bis 2020 wieder auf den Wert von 2010 zurückgeführt. Ansonsten werden die Erwerbsquoten, wie auch die Arbeitslosenquote als konstant angenommen. WERDING (2013) führt an, dass sich die Erwerbsbeteiligung von Männern kaum noch steigern lässt.¹⁰ Sehr stark steigt hingegen die Erwerbsquote der Frauen an. Bis 2030 erreicht die durchschnittliche Erwerbsquote der 15- bis 66-jährigen Frauen 92 % der männlichen Erwerbsquote. Diese hohe Erwerbsquote der Frauen mag u. a. auch eine Ursache für die relativ niedrigen Beitragssätze bei WERDING (2013) sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt, welcher den Beitragssatz treibt, ist die Lebenserwartung. Eine höhere Lebenserwartung ist gleichbedeutend mit einer Zunahme der zu leistenden Rentenzahlungen. Während im ifo-Modell die Bevölkerung mit der Variante 1W1 der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2010) abgebildet wird, verwendet WERDING (2013) die Variante 2 mit einem stärkeren Anstieg der Lebenserwartung. HOLTHAUSEN et al. (2012) übertreffen in ihren Annahmen noch die Lebenserwartung der Variante 2, indem sie die Lebenserwartung ab 1970 extrapolieren.

Das ifo-Modell unterstellt in der Variante 1W1 einen Nettozuzug von 100.000 Menschen. HOLTHAUSEN et al. (2012) und WERDING (2013) setzen den Nettozuzug mit 150.000 Menschen etwas höher an, was die Einnahmen der Rentenversicherung erhöht. Die Fertilität wird im Referenzszenario aller drei Studien gleich mit einer Rate von 1,4 angenommen.

Abbildung 1: Beitragssatzentwicklung



Quellen: Berechnungen des ifo Instituts, Holthausen et al. (2012), Werding (2013), Darstellung des ifo Instituts.

Der deutliche Anstieg im Beitragssatz bei HOLTHAUSEN et al. (2012) wird u. a. durch den starken Anstieg der Lebenserwartung getrieben. Das ifo-Modell beschreibt den isolierten Effekt des demographischen Wandels ohne eine Veränderung der Erwerbsbeteiligung. Die vergleichsweise niedrigen Sätze bei WERDING (2013) resultieren aus der annahmegemäß stark ansteigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen. Diese verschiebt den demographischen Effekt der Babyboomer jedoch lediglich zeitlich bzw. verschärft die Finanzierungssituation langfristig sogar zusätzlich, da die Frauen dann höhere Rentenansprüche erwerben und diese eine höhere Lebenserwartung aufweisen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass der Beitragssatz 2060 bei WERDING (2013) mit 27,2% deutlich über dem von HOLTHAUSEN et al. (2012) und dem ifo-Modell (25,7% bzw. 25,3%) liegt.¹¹

Fazit

Die ifo-Modellrechnung beschreibt einen kontinuierlichen Anstieg des Beitragssatzes zur GRV auf etwa 25% bis 2040. Es wurde dabei bewusst ein Status-quo-Szenario gewählt, um die Auswirkungen des demographischen Wandels aufzuzeigen.

Die Politik steht dieser Herausforderung aber nicht machtlos und ohne Möglichkeiten gegenüber. Gerade in einer Steigerung der Erwerbsbeteiligung der Frauen und der älteren Kohorten besteht eine realistische Möglichkeit, die Effekte des Übergangs der Babyboomer-Generation in die Rente abzufedern. Gleichzeitig muss unter dieser Zielvorgabe jedoch die Belastung nachfolgender Generationen berücksichtigt werden. Eine langfristige und nachhaltige Senkung des Beitragssatzes kann nur dann stattfinden, wenn das Verhältnis von (Äquivalenz-)Rentnern zu (Äquivalenz-)Beitragszahlern gesenkt wird. Bei einer dauerhaft unter dem Bestandserhalt liegenden Geburtenrate ist dies jedoch nur dann möglich, wenn die Lebensarbeitszeit weiter ausgedehnt wird.

Literatur

BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (Hrsg.) (2013): Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigungsstatistik. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach ausgewählten Merkmalen – Zeitreihe, Online verfügbar <http://statistik.arbeitsagentur.de/Statistikdaten/Detail/201304/iii6/soz-be-monatsheft-wz/monatsheft-wz-d-0-pdf.pdf>

- WERDING, M. (2013): Alterssicherung, Arbeitsmarktdynamik und neue Reformen: Wie das Rentensystem stabilisiert werden kann, Online verfügbar http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xchg/bst/hs.xsl/nachrichten_115533.htm
- HOLTHAUSEN, A., RAUSCH, J. und C. WILKE (2012): MEA-PENSIM 2.0: Weiterentwicklung eines Rentensimulationsmodells, Konzeption und ausgewählte Anwendungen, MEA Discussion Papers 254-2012, S. 1–47.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2010): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060. Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2013): Bevölkerung, Erwerbstätige, Erwerbslose: Deutschland, Jahre, Geschlecht, Altersgruppen – Ergebnisse des Mikrozensus, online verfügbar: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online/data;jsessionid=122CB5F4FA1A5E91D029D30787186F9F.tomcat_GO_1_1?operation=abrufabelleAbrufen&selectionname=12211-0003&levelindex=1&levelid=1371736586436&index=3 (20.06.2013/15:59 Uhr).

- ¹ Als Babyboomer-Generation wird die sehr geburtenstarke Kohorte bezeichnet, die zwischen Mitte der 1950er und Mitte der 1960er Jahre geboren wurde.
- ² Die BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT (2013) weist aktuell (April 2013) rund 29,2 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigte aus. Der historische Höchststand wurde im Oktober 2012 mit 29,5 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten erreicht.
- ³ Die untere Grenze liegt bei 20% der durchschnittlichen Monatsausgaben, die obere bei 150% (vgl. SGB IV §158).
- ⁴ Ein Äquivalenzbeitragszahler verdient genau das durchschnittliche Bruttoarbeitsentgelt. Ein Äquivalenzrentner bezieht mit 45 Entgeltpunkten die Eckrente. Die Berechnungen werden separat für Ost- und Westdeutschland durchgeführt.
- ⁵ Der Restfaktor der Ausgabenseite beinhaltet u. a. Zuschüsse zur Krankenversicherung der Rentner, Leistungen zur Teilhabe sowie Verwaltungs- und Verfahrenskosten.
- ⁶ Auf Einnahmeseite beinhaltet der Restfaktor u. a. Erstattungen aus öffentlichen Mitteln sowie Vermögenserträge.
- ⁷ Die Anteile der Erwerbstätigen an der männlichen Bevölkerung in den jeweiligen Kohorten liegen 2011 bei 79,6% (+8,2 Prozentpunkte seit 2005) bzw. 51,9% (+16,1 Prozentpunkte seit 2005) [STATISTISCHES BUNDESAMT (2013)].
- ⁸ Die Anteile der erwerbstätigen Frauen an allen Frauen in den jeweiligen Kohorten liegen 2011 bei 67,6% (+12,3 Prozentpunkte seit 2005) bzw. 36,2% (+15,5 Prozentpunkte seit 2005) [STATISTISCHES BUNDESAMT (2013)].
- ⁹ Das ifo-Modell verwendet bis 2013 empirische Werte für den Beitragsatz, während diese in den anderen beiden Modellen simuliert sind.
- ¹⁰ Lediglich die Erwerbsquoten der 55- bis 66-Jährigen steigen in der Modellrechnung noch leicht an. Im Gegensatz dazu sinken jedoch die Erwerbsquoten der 15- bis 24-Jährigen leicht. Insgesamt sollte also von den männlichen Erwerbsquoten kein großer Effekt ausgehen.
- ¹¹ Auf eine Darstellung wird aufgrund der vielen Unsicherheiten in dieser langen Frist verzichtet.

Der Zensus 2011 und der Gleichmäßigkeitsgrundsatz II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaates Sachsen

Alexander Eck*

Die Aktualisierung der Bevölkerungszahlen im Rahmen des Zensus 2011 hat Auswirkungen auf die Finanzausgleichssysteme in Deutschland. Veränderte Bevölkerungsanteile in den Regionen können dazu führen, dass die Finanzmittelverteilung nicht mehr sachgerecht ist. Auch Sachsen ist betroffen: So werden nicht nur geringe Rückzahlungen im Länderfinanzausgleich fällig [SCHRINNER (2013), RAGNITZ (2013)], es muss auch die bisherige Mittelverteilung auf kommunaler Ebene überprüft werden. Im Folgenden wird daher die Aufteilung der Zuweisungen im kommunalen Finanzausgleich auf kreisfreien und kreisangehörigen Raum im Lichte der neuen Bevölkerungszahlen betrachtet.

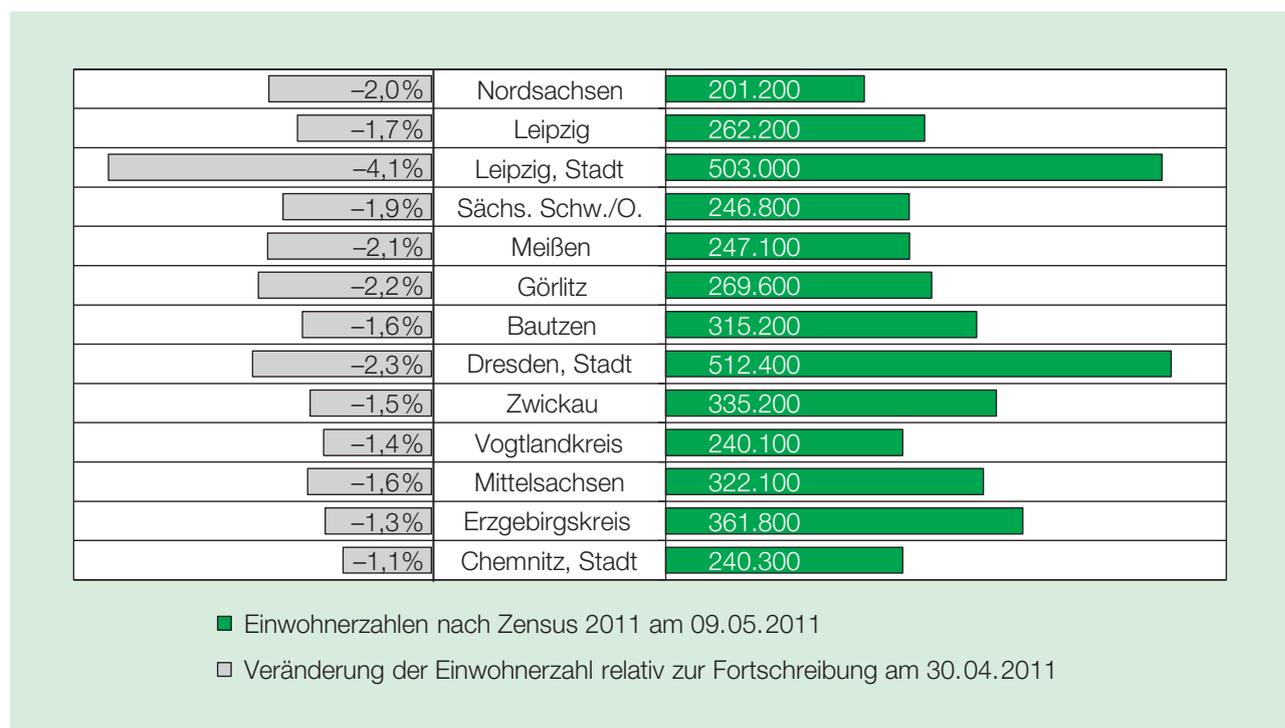
Ende Mai wurden mit den Ergebnissen des Zensus 2011 neue Bevölkerungsdaten für Bundesländer, Kreise und Gemeinden veröffentlicht. Dabei wurden vor allem die Einwohnerzahlen aktualisiert, die zuvor auf Basis von Geburts- und Sterbetafeln sowie der Wanderungs-

statistik fortgeschrieben wurden [STATISTISCHES BUNDESAMT (2008)]. Zuletzt wurde solch eine genaue Bestandsaufnahme der Bevölkerung in der Bundesrepublik im Jahr 1987 durchgeführt, in der DDR sogar schon 1981.

Mit dem Zensus 2011 stellte sich heraus, dass in Deutschland rund 1,5 Mill. Personen weniger wohnhaft sind als bis dahin mithilfe der Fortschreibung angenommen (-1,8%). Einbußen bei der Einwohnerzahl mussten alle Bundesländer hinnehmen, wobei die Korrektur der Bevölkerungszahl in Sachsen mit rund -2,0% (-84.362 Personen) ähnlich wie im gesamtdeutschen Mittel ausfiel. Alle sächsischen Kreise verzeichneten eine Korrektur nach unten, welche in den großen Kreisen, also den Kreisfreien Städten Leipzig und Dresden, prozentual am deutlichsten war (vgl. Abb. 1).

* Alexander Eck ist Doktorand der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Einwohnerzahlen zum Zensus-Stichtag 09.05.2011 sowie Veränderung zur Fortschreibung zum 30.04.2011



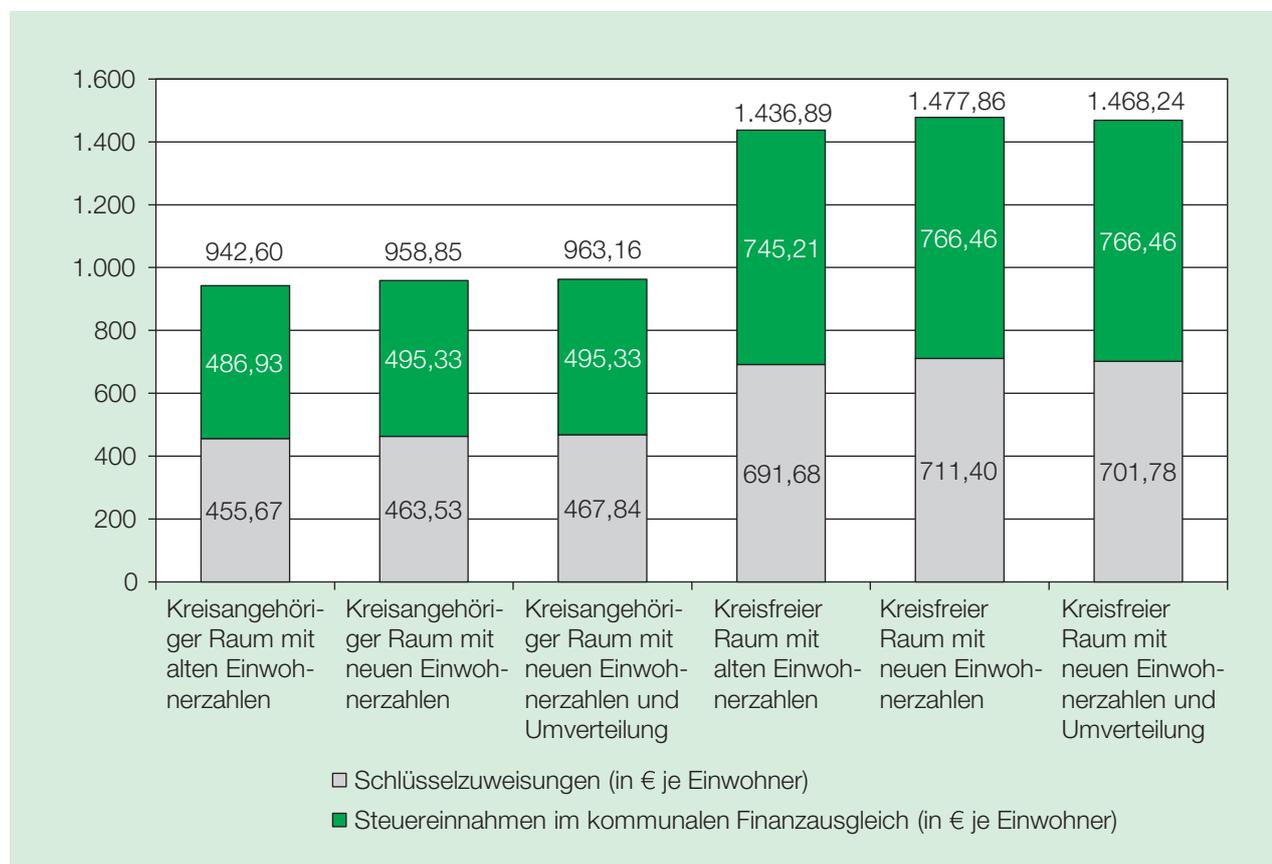
Quellen: Statistisches Bundesamt (2013), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Einwohnerzahlen haben eine große Bedeutung für die Verteilung von Finanzmitteln auf Gebietskörperschaften. Häufig werden Finanzbedarfe abstrahiert anhand der Einwohnerzahlen ermittelt und auf dieser Grundlage die notwendige Finanzmittelausstattung bestimmt. Dies gilt nicht nur für den bundesstaatlichen Finanzausgleich, in dessen Rahmen die Zuweisungen für Sachsen zukünftig etwas geringer ausfallen könnten. Auch für die Finanzmittelverteilung auf kommunaler Ebene sind die Einwohnerzahlen die entscheidende Größe. Zwar bleibt die Finanzausgleichsmasse aufgrund der Ausgestaltung des Regelwerkes weitgehend unverändert,¹ aber die Verteilung von Zuweisungen auf kreisfreien und kreisangehörigen Raum erfolgt nach Einwohnerzahlen. Dabei wird auf den Grundsatz gebaut, dass sich die Finanzmittelausstattung je Einwohner in beiden Räumen gleich entwickeln soll (Gleichmäßigkeitsgrundsatz II), in den Kreisfreien Städten allerdings auf höherem Niveau. Im Jahr 2011 sah das Sächsische Finanzausgleichsgesetz vor, dass den Kreisfreien Städten je Einwohner durchschnittlich 52,5% mehr Mittel zur Verfügung stehen als den Gemeinden im kreisangehörigen Raum.

Der Zensus 2011 hat nun jedoch ergeben, dass die Korrektur der Einwohnerzahlen in den Kreisfreien Städten stärker ausfällt als im kreisangehörigen Raum. Damit wurden die Bedarfe in den Kreisfreien Städten relativ zum kreisangehörigen Raum überschätzt. Gemessen an den tatsächlichen Bevölkerungszahlen waren daher die Mittelzuweisungen an den kreisfreien Raum zu hoch, die an den kreisangehörigen Raum zu niedrig. Das Ausmaß ist allerdings gering: Das Volumen der Zuweisungen vom Land im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs betrug im Jahr 2011 deutlich über 2 Mrd. €. Es hätten aber nur rund 12 Mill. € vom kreisfreien an den kreisangehörigen Raum umverteilt werden müssen. Die Umverteilung hätte damit auf die Finanzmittel je Einwohner wesentlich geringere Auswirkungen gehabt als der statistische Effekt, der sich aus den niedrigeren Einwohnerzahlen ergibt (vgl. Abb. 2).

Da die auf Basis des Zensus 2011 fortgeschriebenen Einwohnerzahlen von nun an die Berechnungsgrundlage im kommunalen Finanzausgleich bilden, erhält der kreisangehörige Raum höhere Zuweisungen. Das ifo Institut hat bereits an anderer Stelle auf einen Umverteilungs-

Abbildung 2: Schlüsselzuweisungen im kommunalen Finanzausgleich und Steuern je Einwohner für kreisangehörigen Raum vor und nach Zensus für das Jahr 2011



Quellen: Sächsisches Staatsministerium der Finanzen (2011), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

spielraum zugunsten des kreisangehörigen Raumes hingewiesen [vgl. Eck et al. (2012)]. Diesen hat der Gesetzgeber zusätzlich im Jahr 2013 bereits wahrgenommen und die zugesprochenen Mehrbedarfe (je Einwohner) der Kreisfreien Städte gegenüber dem kreisangehörigen Raum auf rund 49,6 % reduziert. Insgesamt verbessert sich die Finanzlage des kreisangehörigen Raumes daher zukünftig deutlich.

Literatur

- ECK, A., RAGNITZ, J., STEINBRECHER, J. und C. THATER (2012): Evaluation der Zukunftsfestigkeit des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes II im kommunalen Finanzausgleich des Freistaats Sachsen, ifo Dresden Studien 67, ifo Institut, München.
- RAGNITZ, J. (2013): Zensus 2011: Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte der Bundesländer, ifo Dresden berichtet, Heft 04/2013, S. 3–5.
- SCHRINNER, A. (2013): „Bayern bekommt 227 Millionen Euro zurück“, Handelsblatt, <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/laenderfinanzausgleich-bayern-bekommt-227-millionen-euro-zurueck-/8406632.html>, abgerufen am 01.07.2013.

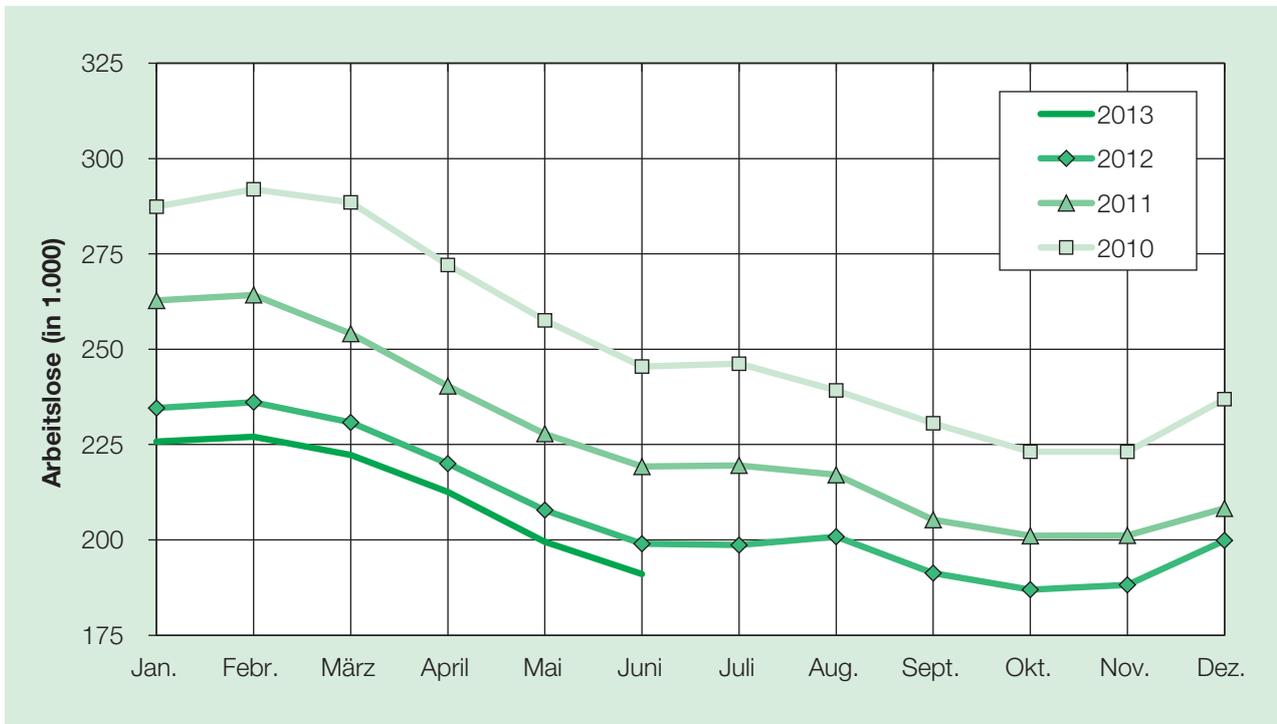
- SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN (Hrsg.) (2012): Die Gemeinden und ihre Finanzen 2011, <https://publikationen.sachsen.de/bdb/artikel/11141/documents/11341>, abgerufen am 17.01.2012.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2008): Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, Qualitätsbericht, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2013): Zensus 2011 – Zensusergebnis Bevölkerung 09.05.2011 sowie bisherige Fortschreibung zum 30.04.2011 nach Geburtsjahren in fünf Gruppen sowie Geschlecht für Kreise und kreisfreie Städte, Wiesbaden.

¹ Die Korrektur der Einwohnerzahlen innerhalb Sachsens spielt für die Bestimmung der Finanzausgleichsmasse zwar keine Rolle. Die veränderte Einnahmeposition des Freistaates in Folge der Revision des bundesstaatlichen Finanzausgleichs dürfte jedoch zu geringen Anpassungen führen.

Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

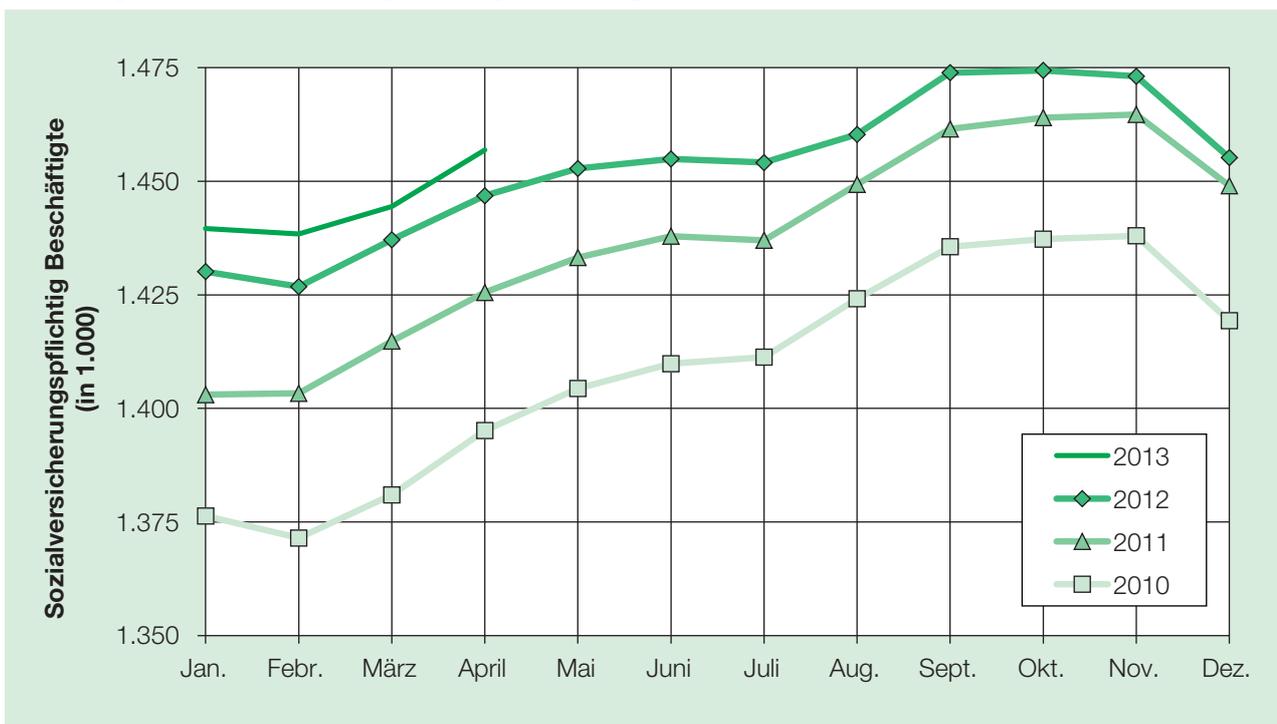
mk

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2010 bis 2013)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2010 bis 2013)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^a			offene Stellen ^b			Beschäftigungsbegleitende Leistungen ^c		
	Apr. 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	768	759	766	10,5	10,7	11,7	5,4	5,6	9,5
Mecklenburg-Vorp.	526	517	525	10,0	10,0	9,7	4,6	4,4	6,9
Sachsen	1.457	1.445	1.446	18,2	18,2	20,7	13,5	13,6	20,0
Sachsen-Anhalt	751	746	754	10,8	10,9	11,5	7,3	7,5	10,7
Thüringen	757	750	755	14,5	14,2	15,4	5,5	5,5	8,8
D Ost (mit Berlin)	5.475	5.427	5.430	81,1	81,2	87,2	40,0	41,9	73,5
D West (ohne Berlin)	23.734	23.640	23.406	353	352,4	407,5	61,2	64,3	148,0
D gesamt	29.209	29.067	28.836	437,1	436,8	499,2	108,3	118,1	242,7

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote ^d (in %)			Langzeitarbeitslose ^e (in % der Arbeitslosen)		
	Juni 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2013	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	127	132	131	9,5	9,8	9,8	41,9	41,2	41,1
Mecklenburg-Vorp.	91	97	95	10,8	11,4	11,2	35,4	34,1	34,7
Sachsen	191	200	199	9,0	9,4	9,4	38,2	37,6	40,6
Sachsen-Anhalt	127	133	131	10,7	11,2	11,1	36,8	36,2	36,9
Thüringen	91	96	94	7,8	8,3	8,1	35,9	35,0	35,9
D Ost (mit Berlin)	836	869	863	9,9	10,3	10,3	36,8	36,2	37,6
D West (ohne Berlin)	2.029	2.068	1.946	5,8	6,0	5,7	36,3	36,0	36,4
D gesamt	2.865	2.937	2.809	6,6	6,8	6,6	36,4	36,0	36,7

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbstständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. d) In % aller zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Sachsens Wirtschaft atmet auf – ifo Geschäftsklimaindex im Juli 2013 gestiegen

Robert Lehmann*

ifo Geschäftsklima Sachsen im Vergleich

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist im Juli das dritte Mal in Folge gestiegen. Auch die Klimaindikatoren für die ostdeutschen Bundesländer insgesamt und Sachsen haben sich verbessert (vgl. Abb. 1). Die Unternehmen der sächsischen gewerblichen Wirtschaft sind mit ihren derzeitigen Geschäften minimal zufriedener als im Vormonat. Zudem blicken sie dem zukünftigen Geschäftsverlauf nicht mehr so pessimistisch entgegen wie im Juni.

Beschäftigungsbarometer Sachsen

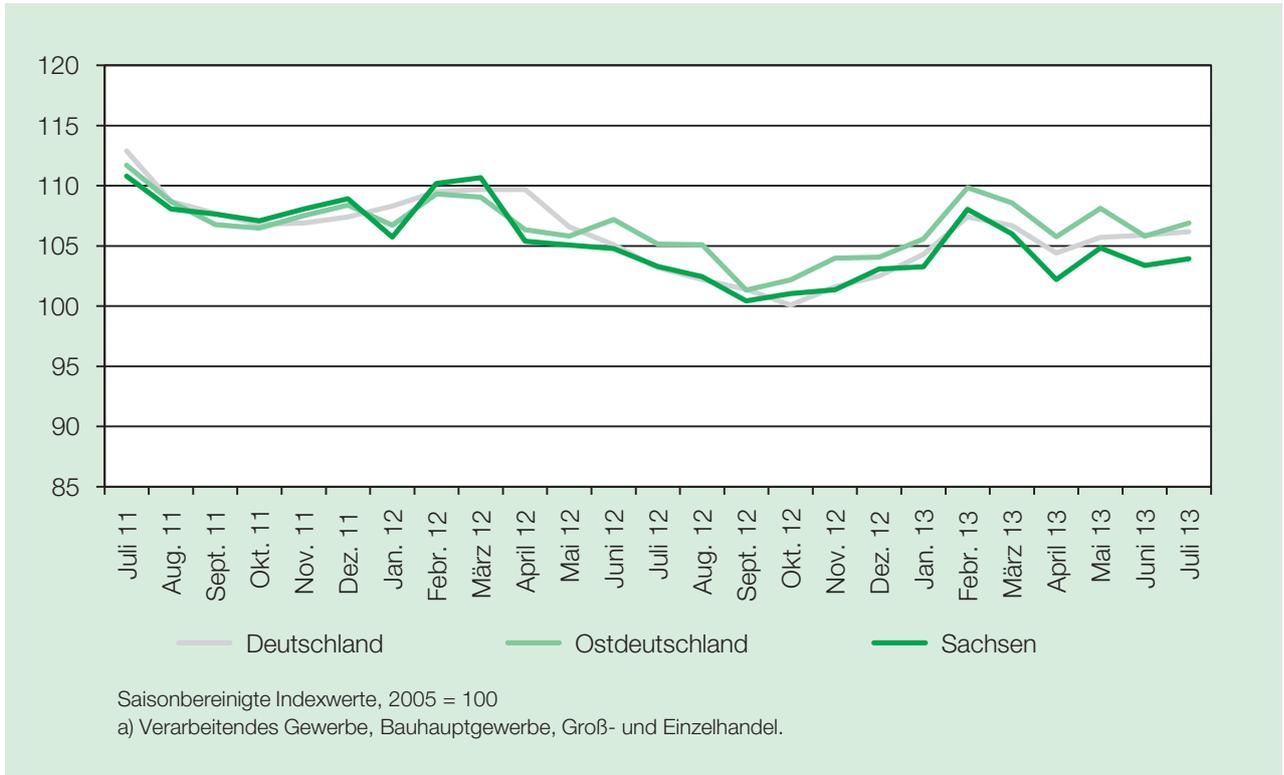
Auch für den sächsischen Arbeitsmarkt haben sich die konjunkturellen Vorzeichen weiter verbessert. Das ifo Beschäftigungsbarometer für die gewerbliche Wirtschaft Sachsens ist im Juli gestiegen (vgl. Abb. 2). Ursächlich hierfür sind die weniger ungünstigen Beschäftigungsaussichten für das sächsische Bauhauptgewerbe. Im Verarbeitenden Gewerbe sowie Handel haben sich die Beschäftigungserwartungen hingegen insgesamt eingetrübt.

Schwerpunkt: Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Das Geschäftsklima im sächsischen Verarbeitenden Gewerbe verharrt im Juli auf dem Wert des Vormonats (vgl. Abb. 3). Während die hiesigen Industriefirmen mit ihren momentanen Geschäften etwas weniger zufrieden sind, blicken sie insgesamt optimistisch in die Zukunft. Per saldo erwarten die Befragungsteilnehmer des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes einen günstigen Verlauf ihrer Geschäfte in den kommenden sechs Monaten. Im Einklang mit der Entwicklung der aktuellen Geschäftslage ist die durchschnittliche, saisonbereinigte Kapazitätsauslastung geringfügig gesunken. Für den weiteren Jahresverlauf haben sich die Konjunkturaussichten aber verbessert. Neben den günstigeren Geschäftserwartungen ist auch die durchschnittliche Auftragsreichweite gestiegen. Zudem gehen die sächsischen Industriefirmen insgesamt von positiven Impulsen aus dem Auslandsgeschäft aus.

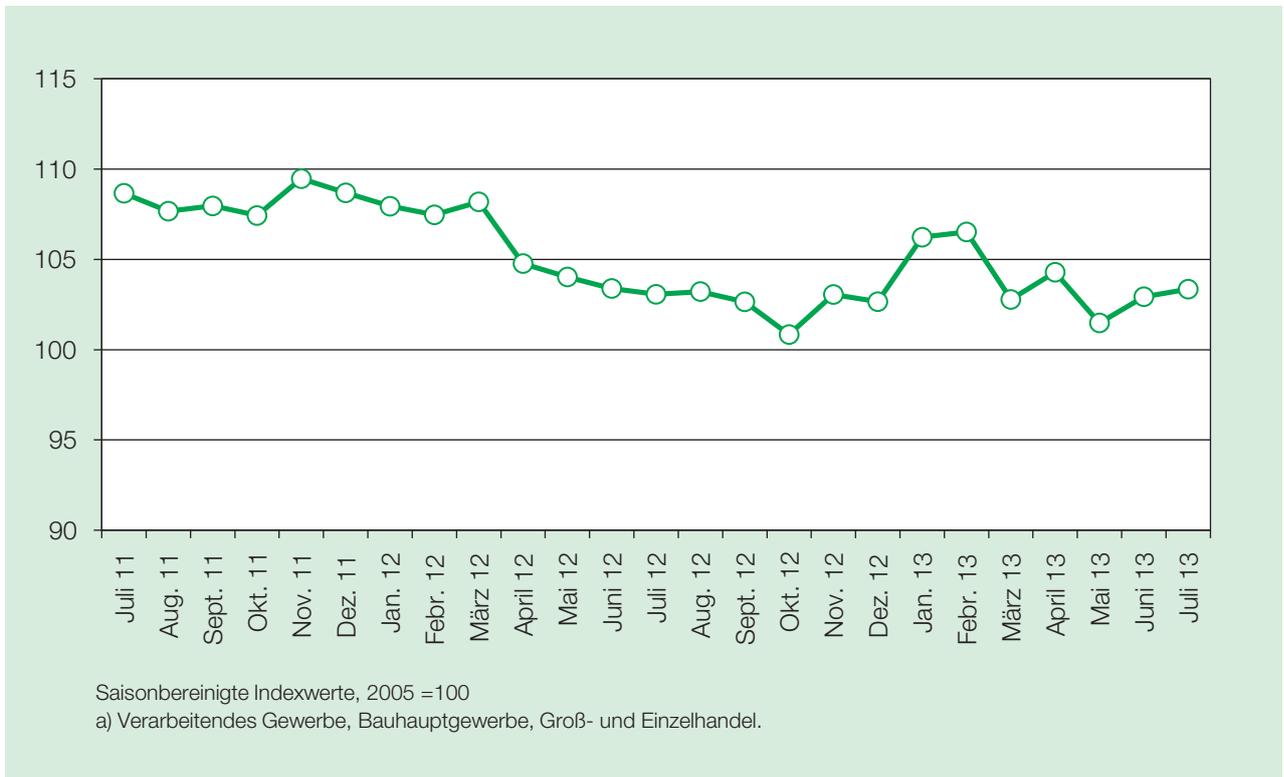
* Robert Lehmann ist Doktorand an der Dresdner Niederlassung des ifo Instituts.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex
Gewerbliche Wirtschaft^a Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



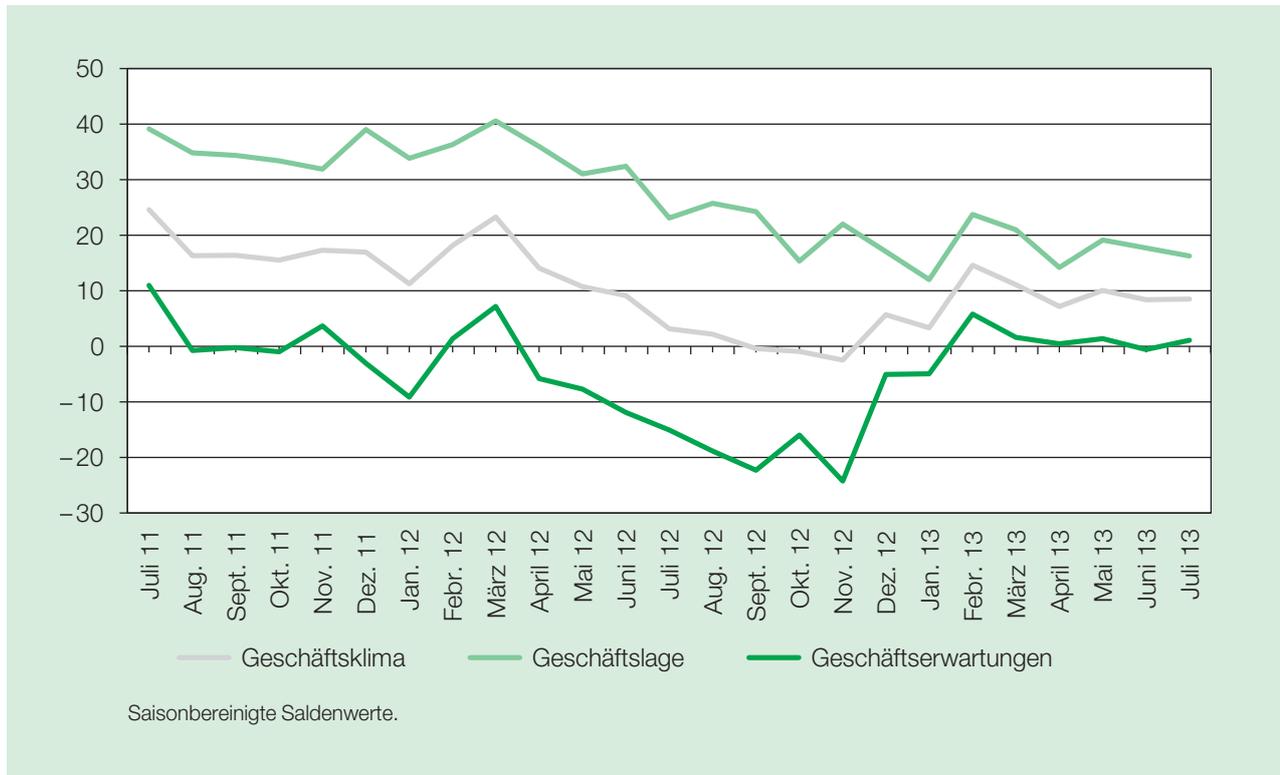
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 2: ifo Beschäftigungsbarometer für die Gewerbliche Wirtschaft^a Sachsens



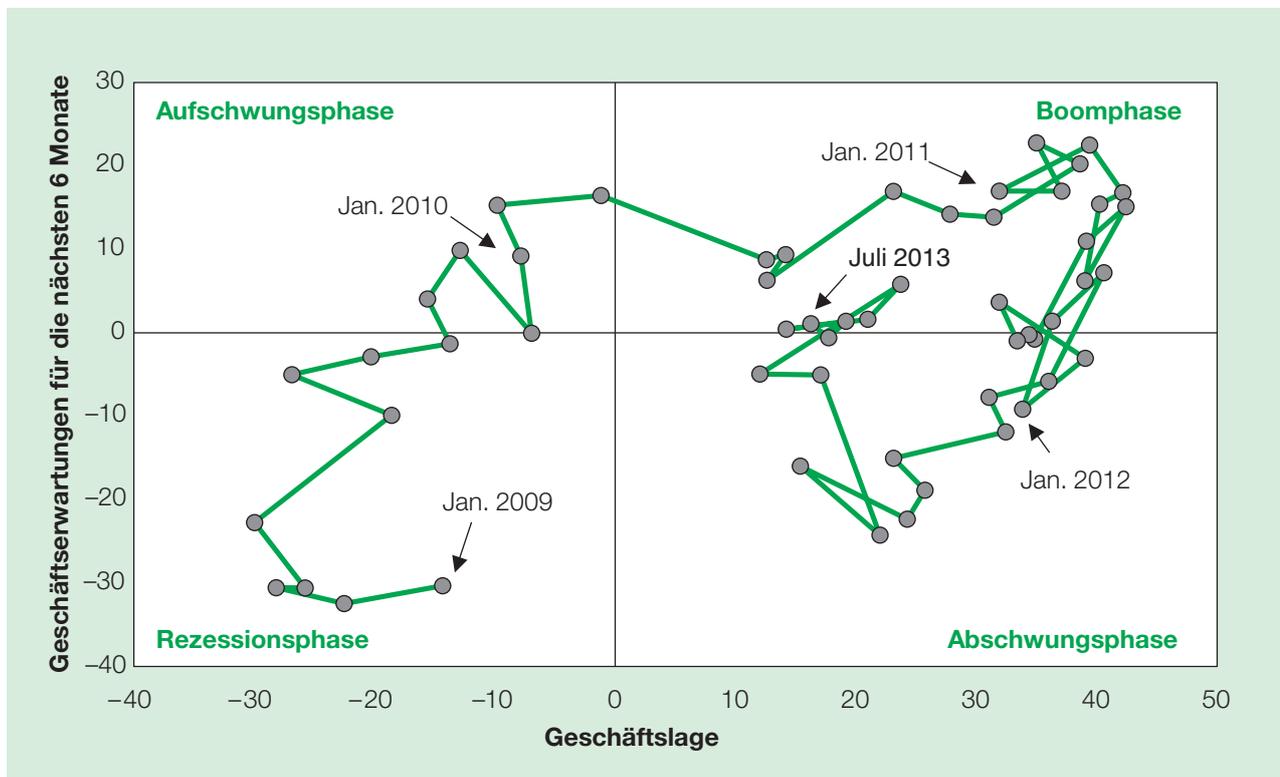
Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 3: Geschäftsklima im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens sowie die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 4: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe^a Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
	2. Quartal 2013	1. Quartal 2013	2. Quartal 2013	1. Quartal 2013	2. Quartal 2013	1. Quartal 2013
Verarbeitendes Gewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	2,8	2,7	2,9	3,0	3,1	3,3
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	82,1	82,5	80,2	80,4	81,6	82,4
Exportgeschäft – Erwartungen ^b	8,7	8,9	3,2	2,7	0,0	-1,2
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-6,4	-3,8	-2,0	-3,5	-5,1	-2,7
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	1,5	5,5	6,6	4,7	5,8	5,5
Bauhauptgewerbe						
Auftragsbestand (in Monaten ^a)	3,1	3,0	3,0	2,8	3,1	2,9
Kapazitätsauslastung (in % ^a)	71,8	71,4	72,8	71,9	71,3	71,8
Beschäftigtenzahl – Erwartungen ^b	-4,3	2,2	-6,7	7,8	-13,6	4,0
Baupreise – Erwartungen ^b	-1,9	-3,4	-0,6	-8,3	-1,3	-7,3
Großhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	-6,3	-11,7	-32,0	-21,7	-50,3	-46,3
Bestellpläne ^b	-7,8	-4,7	-15,5	0,3	-30,5	-15,7
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	6,8	13,8	18,4	21,5	24,3	27,2
Einzelhandel						
Umsatz gegenüber Vorjahr ^b	-5,7	-5,3	-17,3	-27,0	-25,0	-25,7
Bestellpläne ^b	-7,6	-9,5	-23,8	-22,0	-21,4	-16,4
Verkaufspreise – Erwartungen ^b	12,5	16,2	12,1	20,6	5,5	13,3
Anmerkung: Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). – a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.						

Quelle: ifo Konjunkturtest.

Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2013¹

Wolfgang Nierhaus*

Das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** ist in Sachsen im ersten Vierteljahr 2013 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 1,0 % gesunken. In gleicher Größenordnung hat die preisbereinigte **Bruttowertschöpfung** abgenommen (vgl. Tab. 1). Maßgeblich hierfür war der Rückgang der Produktion im **Produzierenden Gewerbe (ohne Bau)**. Aber auch im Bereich **Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation** sowie im **Baugewerbe** lag die Wertschöpfung unter dem Vorjahresstand. Dagegen hat die Wertschöpfung im Sektor **Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister** sowie im Bereich **öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit** zugenommen. Die Trend-Konjunktur-Komponente des preisbereinigten BIP deutet eine Stabilisierung der Wirtschaftsleistung am aktuellen Rand an (vgl. Abb. 1).

* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. tätig.

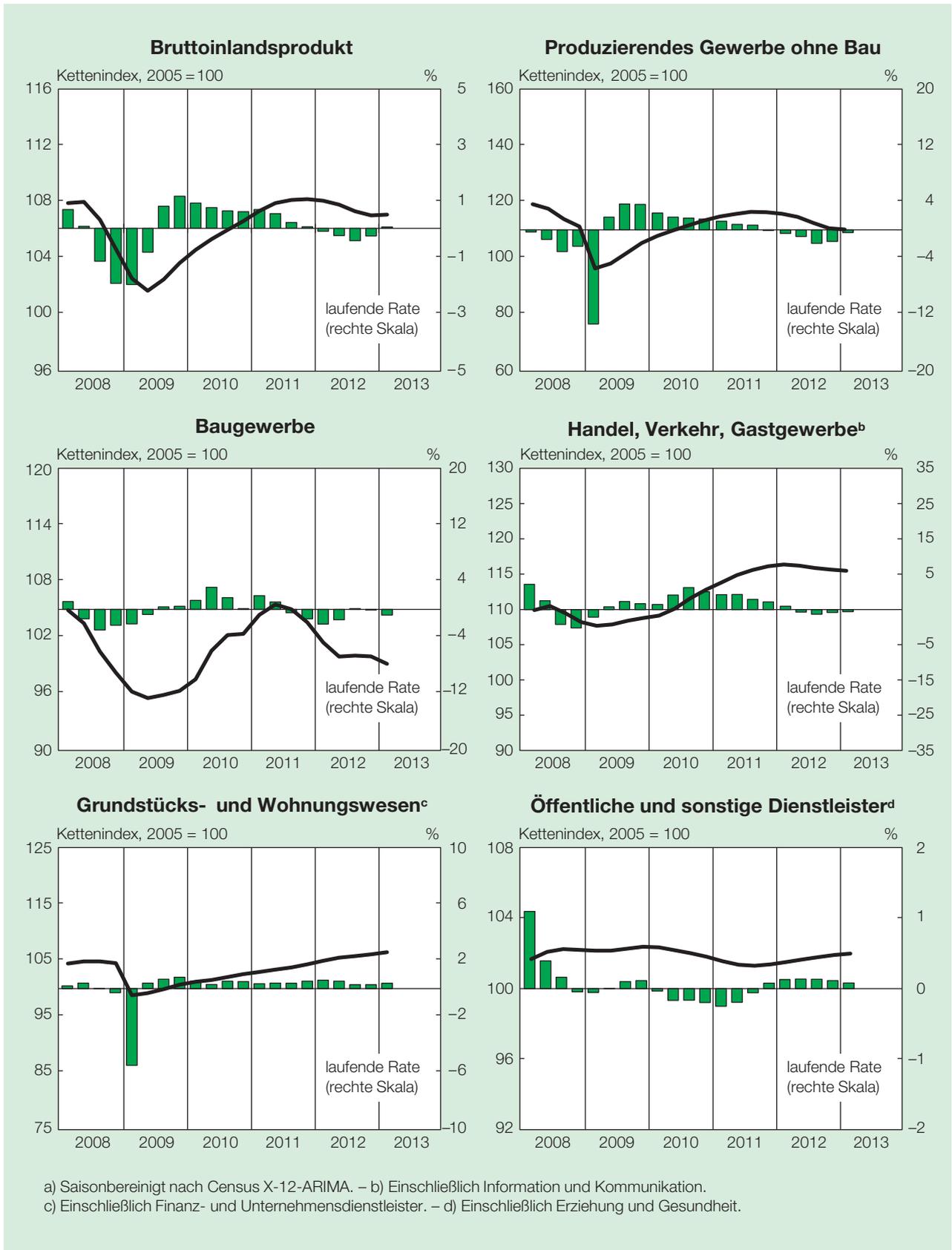
¹ Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2013 nachgewiesen; die im Juni dieses Jahres veröffentlichten Ergebnisse für die Vorquartale wurden teilweise überarbeitet. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER im Februar/März 2013 veröffentlichten Ergebnisse. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/1996 bis Q1/2013 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. NIERHAUS, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

Jahr, Vierteljahr	Bruttoinlandsprodukt	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produz. Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation	Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister	Öff. und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit
Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %									
1 2011	4,1	8,2	3,7	-1,6	7,2	13,4	5,6	2,4	-0,8
2 2011	2,3	2,3	2,3	-7,4	4,1	5,2	4,4	2,0	-0,8
3 2011	2,2	1,1	2,3	-13,4	6,6	0,7	3,8	1,8	-0,8
4 2011	1,2	0,1	1,4	-15,6	2,2	3,6	2,9	1,5	-0,4
1 2012	0,8	-0,4	0,9	3,9	0,4	-3,8	2,7	2,4	0,0
2 2012	0,0	-2,7	0,3	1,3	0,2	-7,0	1,1	2,0	0,3
3 2012	-0,8	-0,6	-0,8	3,4	-5,2	-2,3	0,1	2,1	0,5
4 2012	-1,1	-0,1	-1,2	2,4	-4,8	-6,3	-0,1	1,8	0,5
1 2013	-1,0	-1,1	-1,0	-2,0	-4,6	-0,4	-1,2	1,4	0,5

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)^a



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, ifo Institut.

ifo Veranstaltungen

Als weitere Veranstaltungen der Reihe **Dresdner Vorträge zur Wirtschaftspolitik** sind für die zweite Jahreshälfte 2013 geplant:

18.09.2013 – PD Dr. Hilmar Schneider, Directeur général, CEPS/INSTEAD, Luxembourg

28.11.2013 – Prof. Dr. Niklas Potrafke, Bereichsleiter Öffentliche Finanzen, IFO INSTITUT, München, Thema noch offen. Die Vorträge sind öffentlich und finden im Seminarraum der ifo Niederlassung Dresden, in der **Einsteinstraße 3**, statt. Beginn des Vortrags ist jeweils um **18:30 Uhr**.

Die **Niederlassung Dresden** des IFO INSTITUTS feiert in diesem Jahr ihr **20-jähriges Bestehen**. Dieses Jubiläum wird am **09. Oktober 2013** im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung mit dem Thema „Reformoptionen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs“ begangen. Die Tagung soll zum einen die Mängel des derzeitigen Finanzausgleichssystems herausarbeiten und zum anderen aktuelle Vorschläge zur Reform des Länderfinanzausgleichs diskutieren und bewerten (vgl. dazu Anzeige mit dem vorläufigen Tagungsprogramm).

Der **3. Workshop „Regionalökonomie“** wird am **24. und 25. Oktober 2013** in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden durchgeführt. Der Workshop soll dem Austausch und der Diskussion aktueller Forschungsergebnisse dienen und richtet sich dabei vor allem an Nachwuchswissenschaftler, die auf dem Gebiet der Regionalökonomie arbeiten. Besondere Schwerpunkte könnten regionale Unterschiede in Bezug auf ökonomische Größen sowie deren Beeinflussung durch Regionalpolitik sein. Außerdem können methodische Aspekte des regionalökonomischen Instrumentariums diskutiert werden. Es sind sowohl theoretische als auch empirische Arbeiten mit unterschiedlichen geographischen Schwerpunkten willkommen.

Am **21. und 22. November 2013** findet der **8. Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“** in der ifo Niederlassung Dresden statt. Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Er soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung beitragen. Für weitere Informationen siehe der Call for Papers am Ende dieses Heftes.

Am **29. und 30. November 2013** wird der **7th Workshop on Political Economy** in den Räumlichkeiten der ifo Niederlassung Dresden abgehalten. Auch in diesem Jahr wird die gemeinsame Veranstaltung von TU DRESDEN und ifo Dresden von CESifo unterstützt, sodass herausragende Wissenschaftler als Keynote Speaker gewonnen werden konnten: Vincenzo Galasso (UNIVERSITÀ DELLA SVIZZERA ITALIANA) und Florencio López de Silanes (EDHEC BUSINESS SCHOOL). Weitere Informationen werden über die Webseiten von CESifo bereitgestellt. Die Teilnahme an dem Workshop als Zuhörer ist ohne Gebühr nach vorheriger Anmeldung bei den Organisatoren möglich (christian.lessmann@tu-dresden.de; gunther.markwardt@tu-dresden.de).

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden (www.ifo-dresden.de) unter der Rubrik Veranstaltungen.

ifo Vorträge

Robert Lehmann, „Demografische Entwicklung und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt in Ostsachsen“, Vortrag im Rahmen des Workshops der Euroregion Elbe/Labe zum Thema „Arbeitsmarkt in der Euroregion Elbe/Labe“, **29.05.2013**, Ústí nad Labem (Tschechische Republik)

Robert Lehmann, „Wachstum, Beschäftigung und Demographie in Dresden – Perspektiven und Herausforderungen“, Vortrag im Rahmen des 4. Sächsischen Unternehmerfrühstücks der ELBE-FACTORING GMBH, **05.06.2013**, Dresden

Joachim Ragnitz, „Vom Aufbau Ost zum Ausbau Ost“, Podiumsdiskussion der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, **19.06.2013**, Schmalkalden

Marcel Thum, „Die Krise in der Euroregion“, Vortrag im Rahmen der jährlichen Vertreterversammlung der VOLKSBANK VOGTLAND für das Geschäftsjahr 2012, **24.06.2013**, Festhalle Plauen

Joachim Ragnitz, „Erfolgsstrategien für die weitere wirtschaftliche Entwicklung Mitteldeutschlands“, Vortrag anlässlich des Parlamentarischen Abends des CDU-WIRTSCHAFTSRATES, **24.06.2013**, Berlin

Robert Lehmann, „Forecasting GDP at the regional level with many predictors“, Vortrag im Rahmen des 33. International Symposium on Forecasting, **23.–26.06.2013**, Seoul (Südkorea)

Jan Kluge, „Real Wage Disparities in Germany“, Vortrag auf der 6th Summer Conference in Regional Science, **27.–28.06.2013**, Dortmund

Joachim Ragnitz, „Stand und Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung in Ostdeutschland“, Vortrag vor der AMERICAN CHAMBER OF COMMERCE, **02.07.2013**, Dresden

Robert Lehmann, „Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2013/2014: Aufschwung in Sicht“, Vortrag im Rahmen des ifo Arbeitskreises Konjunkturbeobachtung Sachsen, **03.07.2013**, Dresden

Joachim Ragnitz, „Zukunft finanzieren – strukturelle Herausforderungen in Thüringen“, Vortrag anlässlich des Zukunftsdiskurs Thüringen des THÜRINGER MINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFT, ARBEIT UND TECHNOLOGIE, **08.07.2013**, Nordhausen

ifo Veröffentlichungen

ECK, ALEXANDER; RAGNITZ, JOACHIM; STEINBRECHER, JOHANNES und CHRISTIAN THATER (2013): „Demographischer Wandel und fiskalische Dividenden – Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf die Ausgaben der Kommunen im Freistaat Sachsen“, in: JUNKERNHEINRICH, MARTIN; KORIOH, STEFAN; LENK, THOMAS; SCHELLER, HENRIK und MATTHIAS

WOISIN (Hrsg.), Jahrbuch für öffentliche Finanzen 2013, Berliner Wissenschafts-Verlag, Berlin, S. 463–478.

RAGNITZ, JOACHIM: „Zensus 2011 und Finanzausgleich: Kein Grund zur Aufregung“, Wirtschaftsdienst, Zeitschrift für Wirtschaftspolitik, 93. Jg., Heft 7, Juli 2013; S. 426–427.

ifo intern

Zum 31. Juli 2013 hat Oskar Krohmer, Doktorand der ifo Niederlassung Dresden, unser Haus verlassen und eine Tätigkeit bei PWC PRICEWATERHOUSECOOPERS AG in Dresden aufgenommen. Das Team von ifo Dresden wünscht ihm an dieser Stelle noch einmal alles Gute für seine berufliche Zukunft.

Prof. Dr. Joachim Ragnitz, managing director der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, wurde von der Bundesministerin für Bildung und Forschung, Prof. Dr. Johanna Wanka, in die Expertenjury für das Förderprogramm „Zwanzig20 – Partnerschaft für Innovation“ berufen und nahm in dieser Funktion am 26. Juni 2013 sowie am 16./17. Juli 2013 an der Auswahl der zu fördernden Initialkonzepte teil.

Reformoptionen des bundesstaatlichen Finanzausgleichs

Wissenschaftliche Tagung
anlässlich des 20-jährigen Bestehens
der Niederlassung Dresden des ifo Instituts

am 09. Oktober 2013 in Dresden

Der bundesstaatliche Finanzausgleich muss in der nächsten Legislaturperiode neu ausgehandelt werden. Das bestehende Regelwerk ist zwar erst seit 2005 in Kraft, war jedoch von vornherein bis zum Ablauf des Jahres 2019 befristet. Zudem haben Bayern und Hessen Klage vor dem Bundesverfassungsbericht eingereicht, da sie sich als Geberländer im geltenden Finanzausgleich insbesondere durch die hohen Grenzabschöpfungsquoten benachteiligt sehen.

Vorläufiges Programm

09.30 Uhr Begrüßung und Eröffnung

Prof. Dr. Dres. h. c. Hans-Werner Sinn, Präsident des ifo Instituts München

20 Jahre ifo Dresden

Prof. Dr. Marcel Thum, Geschäftsführer ifo Dresden und Lehrstuhl Finanzwissenschaft an der TU Dresden

Zur Klage Bayerns und Hessens gegen den Finanzausgleich

Prof. Dr. Thomas Lenk, Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen und Public Management an der Universität Leipzig

Finanzströme im deutschen Föderalismus: Vertikale und horizontale Aspekte der Gewährleistung angemessener Finanzausstattungen der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden

Prof. Dr. André Heinemann, Leiter der Forschungsstelle Finanzpolitik an der Universität Bremen

Wie funktioniert eigentlich der Finanzausgleich? Defizite und Reformoptionen

Prof. Dr. Joachim Ragnitz, Stellvertretender Geschäftsführer ifo Dresden

Die Nehmerländer im Finanzausgleich verweisen wiederum darauf, dass bei einer Veränderung des derzeitigen Regelwerks zu ihren Lasten die „Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse“ nicht mehr gewahrt sei.

Die Tagung soll zum einen die Mängel des derzeitigen Finanzausgleichssystems herausarbeiten und zum anderen aktuelle Vorschläge zur Reform des Länderfinanzausgleichs diskutieren und bewerten.

Vertikaler, Transparenter, Aufgabengerechter – Elemente eines Länderfinanzausgleichs für das 21. Jahrhundert

Dr. Michael Thöne, Geschäftsführer des Finanzwissenschaftlichen Forschungsinstituts an der Universität zu Köln

Ein ressourcenorientierter Finanzausgleich in Deutschland als Voraussetzung für eine Stärkung der Steuerautonomie der Bundesländer

PD Dr. Jan Schnellenbach, Walter-Eucken-Institut Freiburg und Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg

„... hierbei sind die Finanzkraft und der Finanzbedarf der Gemeinden zu berücksichtigen.“ Zu einigen Problemen der Berücksichtigung der Kommunen im Länderfinanzausgleich

Prof. Dr. Wolfgang Rensch, Institut für Politikwissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg

Wie stark muss der Finanzausgleich im Jahr 2020 ausgleichen, damit (fast) alle Länder die Schuldenbremse einhalten können?

Prof. Dr. Ingolf Deubel, Finanzminister a. D. des Landes Rheinland-Pfalz

16:45 Uhr Empfang

Call for Papers

8. Workshop Makroökonomik und Konjunktur 21. und 22. November 2013 in Dresden

Der zweitägige Workshop wird gemeinsam von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. Er soll ein Forum für den Austausch und die Diskussion von aktuellen Forschungsergebnissen aus dem Bereich der Makroökonomik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung der Konjunkturforschung beitragen.

Willkommen sind Vortragsangebote aus allen Teilgebieten der Makroökonomik. Bevorzugt behandelt werden Papiere aus dem Gebiet der Konjunkturforschung, Papiere mit empirischer Ausrichtung und einem Fokus auf Deutschland oder Europa.

Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

Einreichungen:

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2–3 Seiten) erfolgen (jeweils im PDF-Format). Bitte schicken Sie Ihre Angebote bis spätestens 06. 10. 2013 per E-Mail an die folgende Adresse:

workshopDD@ifo.de

Aktuelle Informationen unter:

<http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/events/academic-conferences/forthcoming.html>

ORGANISATORISCHES:

Konferenzsprache:

Deutsch

Ort:

ifo Institut,
Niederlassung Dresden

Zeit:

21.11.2013 bis 22.11.2013

Teilnahmegebühr:

Keine

Unterkunft:

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Michael Berlemann
Michael.Berlemannz@hsu-hh.de

Michael Kloß
Kloss@ifo.de

Robert Lehmann
Lehmann@ifo.de



HELMUT SCHMIDT
UNIVERSITÄT

ifo Institut
Niederlassung Dresden